



Arbeitsgemeinschaft ländliche Sozialforschung (ÖGS Österreichische Gesellschaft für Soziologie – Sektion Ländliche Sozialforschung)

Protokoll der Sitzung vom 12. März 2025

Die **98. Sitzung** der Arbeitsgemeinschaft fand als Online-Konferenz unter maßgeblicher fachlicher und technischer Unterstützung und Moderation durch *Astrid Reitter*, *Katrin Hofer* und *Michaela Hager* (alle Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und Bergbauernfragen) statt.

Schriftführer **Georg Wiesinger** begrüßt alle Anwesenden recht herzlich und eröffnet die Sitzung.

Im ersten Sitzungsbeitrag präsentierte **Sebastian Polak-Rottmann** unter dem Titel „*Orte der Resilienz in Japans schrumpfenden Gemeinden*“ Ergebnisse aus seinem aktuellen Forschungsprojekt zu Orten des sozialen Austauschs in Teilen Japans, die von hoher Überalterung, Bevölkerungsrückgang und Naturkatastrophen gekennzeichnet sind. *Sebastian Polak-Rottmann* studierte Japanologie und Politikwissenschaft an der *Universität Wien* und promovierte dort mit einer Arbeit zum Zusammenhang von politischer Partizipation und subjektivem Wohlbefinden in einer ländlichen Gemeinde im Südwesten Japans. Seit Ende 2022 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am *DIJ - Deutschen Institut für Japanstudien* in Tokyo und leitet dort seit 2025 den Schwerpunkt zu Nachhaltigkeit in Japan.

1. Überblick – Feldforschung im ländlichen Japan

Zunächst soll ein Überblick zum ländlichen Japan gegeben werden, da ich davon ausgehe, dass nicht alle Anwesenden mit den aktuellen Entwicklungen in Japans Regionen vertraut sind. Der ländliche Raum Japans ist sehr dynamisch und von Abwanderung und Überalterung in einem Maße gekennzeichnet, wie es kaum sonst wo auf der Welt der Fall ist. Es ist daher wichtig, eine kurze Einführung dazu zu geben und auch meine wissenschaftliche Sicht auf das ganze Phänomen dieser Entwicklungen zu präsentieren. Desweiteren soll auch auf aktuelle Trends und Herausforderungen eingegangen werden und auf den theoretischen Rahmen sozialer Beziehungen und Resilienz. In weiterer Folge sollen Feldbeobachtungen aus drei ländlichen Regionen dargestellt, systematisch aufgearbeitet und interpretiert werden. Abgeschlossen wird der Vortrag mit dem Versuch einer theoretischen Konzeptionalisierung von „Orten der Resilienz“.

Geprägt ist meine Forschung am *Deutschen Institut für Japanstudien* in Tokyo, an dem ich mich seit Ende 2022 befinde, insbesondere durch folgende Fragen:

- i) An welchen Orten findet ein sozialer Austausch in ländlichen Regionen statt, die von längerfristigen demografischen Herausforderungen geprägt sind?
- ii) Wer gestaltet diese Orte?
- iii) Welche Funktionen erfüllen sie?

Ich ging in die Forschungsgebiete, um etwas über Resilienz an verschiedenen Gemeinden in Japan zu lernen. Dabei erkannte ich rasch, dass es notwendig ist, sich bestimmte Orte anzusehen, wo sozialer Austausch stattfindet, um überhaupt zu begreifen, wie sich diese Resilienz aufbaut und wie soziale Beziehungen auch zu dieser Form der Resilienz, wie wir sie in vielen Orten im ländlichen Japan erkennen können, beitragen können. Damit verbunden sind auch Fragen, die sich näher mit diesen Orten auseinandersetzen, wie z.B. wer diese Orte gestaltet und welche soziale Funktionen diese erfüllen. Das Projekt basiert auf kürzere, aber dafür wiederholte Feldforschungsaufenthalte in drei ländlichen Regionen in Japan. Dabei werden Interviews mit lokalen Schlüsselpersonen geführt, die mit der Verwaltung dieser Orte betraut sind, oder die in irgendeiner Art und Weise dabei mitwirken, dass diese Orte diese Funktion erfüllen. Auf der anderen Seite nehme ich an Veranstaltungen teil, die dort an diesen Orten stattfinden. Ich sammle zudem Materialien, Pamphlete und dergleichen und ich kodiere meine gesamten Eindrücke, die ich im Zuge dieser qualitativen Feldforschung erhalten habe, um dann schlussendlich zu einem Konzept zu kommen, das mir eine Interpretation, eine Erklärung für diese Phänomene im ländlichen Raum Japans liefert.

Das geschieht beispielsweise dadurch, dass ich mich wie im Foto in der Mitte der Abbildung 1 mit älteren Personen unterhalte, die regelmäßig an diesen Veranstaltungen teilnehmen, die mir auch gewisse Dinge aus ihrem Leben erzählen. Nicht immer erscheinen diese unmittelbar relevant, aber sie können mir den Rahmen liefern, um diese ganzen Eindrücke auch einordnen zu können und umso zumindest ein etwas umfassenderes Verständnis vom ländlichen Raum in Japan zu gewinnen.

Abbildung 1: Feldforschung im ländlichen Japan



© Foto links: Christina Polak-Rottmann; übrige landschaftliche Fotos: Sebastian Polak-Rottmann; Bild mit Personen: Tim Felder-Roussety

Ich bewege mich da oft durchaus in Siedlungen, wo nur noch wenige Menschen leben, wo es viele verlassene Bereiche gibt, wo man sagen würde „die Natur holt sich ihr Gebiet zurück“, auch wenn ich das nicht ganz so einfach unterstreichen würde. Denn es handelt sich dabei um ein komplexes Thema, wie sich die Natur in Japan ausgestaltet und warum sie in dieser Form zu finden ist. Naturkatastrophen und Naturereignisse spielen dabei auch eine gewichtige Rolle. Das Foto rechts oben der Abbildung 1 zeigt den Aso-Vulkan, einen aktiven Vulkan auf der Insel Kyushu. Natürlich gibt es auch viele Erdbeben und Tsunamis, die verschiedene Regionen des Landes betreffen. Jedenfalls handelt es sich beim ländlichen Raum, wie ich finde, um einen sehr dynamischer Raum – trotz oder gerade aufgrund der Abwanderung, die dort stattfindet.

Diese Art der Japanforschung wird häufig in der deutschsprachigen Japanologie als die sogenannte „Wiener Schule der Japanforschung“ bezeichnet, d.h. man versucht vor Ort etwas über die japanische Gesellschaft durch Feldbeobachtungen bzw. sozialwissenschaftliche Forschung zu erfahren, anders als Ansätze, die einen historischen Blick auf Japan werfen wollen, oder sich mit der Literatur Japans auseinandersetzen. Seit der Gründung der Japanologie Wien war das die prägende Ausrichtung in Österreichs Japanforschung, in die ich mich ebenfalls einordnen möchte. Als ich zur politischen Partizipation und den Zusammenhang mit dem subjektiven Wohlbefinden in einer kleinen Gemeinde im Südwesten Japans promovierte (Polak-Rottmann 2024), war das auch eine Fortführung vieler Forschungsarbeiten, die das *Institut für Ostasienwissenschaften der Universität Wien*, bzw. die Abteilung für Japanologie durchgeführt hat.

In diesem Zusammenhang sollen nun einige Charakteristika bzw. Trends zum ländlichen Japan dargestellt werden, um diesen Raum auch als einen dynamischen Raum zu kennzeichnen zwischen Diskurse der demografischen Schrumpfung und aber auch der Innovation (siehe auch Manzenreiter et al. 2020).

2) Überblick zum ländlichen Japan

Japans ländlicher Raum befindet sich in einer demografischen Abwärtsspirale. Der Bevölkerungsrückgang begann bereits zu Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs in den 1960er und 1970er Jahren, wo man auch aktiv von Seiten der Regierung diese Abwanderung gefördert hat. Oft entsprach das dem folgenden Schema: Der älteste Sohn einer Familie erbt Haus und Hof, während die jüngeren Kinder in die städtischen Zentren ziehen sollen, um dort neue Familien zu gründen und generell zum wirtschaftlichen Aufschwung Japans beizutragen. In gewisser Weise hat dieses Modell auf nationalstaatlicher Ebene funktioniert, aber es hatte natürlich auch seine Kosten. Manche der Kosten musste der ländliche Raum tragen, wo dieser Bevölkerungsrückgang schon früh begann. Die wirtschaftliche Stagnation führte dann in den letzten 30 Jahren zu einer Beschleunigung dieser Entwicklung. Es kam zudem zu administrativen Reformen, Gemeindezusammenlegungen, mit der letzten großen Welle in 2000er Jahren. Das brachte auch eine Veränderung der Lage vor Ort mit sich. Schulen wurden geschlossen und aufgrund der Gemeindezusammenlegungen waren manche Amtsgebäude nicht mehr notwendig. Mancherorts gibt es daraufhin verlängerte Amtswege; es kam zu einem Identitätsverlust, Konflikten auf regionaler Ebene usw. Das ist allerdings nicht nur ein japanspezifisches Phänomen; das findet man auch in anderen Teilen der Welt.

Natürlich stellt sich auch die Frage nach einem etwaigen konservativen Klima vor Ort. Wenn viele Leute abwandern und nur wenige in den ländlichen Raum ziehen, bleibt ein gewisses Spektrum an Menschen zurück. Gerne wird im Diskurs ein sehr konservatives Bild des ländlichen Raums in Japan gezeichnet, das resistent gegenüber Veränderungen sei. Ich habe das in dieser Präsentation mit einem Fragezeichen versehen, weil ich Ihnen später zeigen werde, dass auch konservative Kräfte im ländlichen Japan sich diesem Wandel bzw. dieser Veränderung nicht entziehen konnten und dass es auch innovative Ideen gab, die teilweise von sehr konservativen Kreisen vorangetrieben wurden. Es präsentiert sich daher ein diverseres Bild als man zunächst glauben mag, welches man vorfindet, wenn man sich mit dem ländlichen Raum in Japan näher auseinandersetzt.

Zuletzt sei noch das sogenannte „2025er Problem“ zu erwähnen. War dieser Begriff in den vergangenen Jahren noch mit einem pessimistischen Ausblick auf die Zukunft des Landes verbunden, ist es seit 2025 eine Debatte der Gegenwart. Darunter versteht man die demografische Entwicklung, dass 2025, die sogenannte „Babyboomer-Generation“ in Japan 75 Jahre alt wird. Hier rechnet die Zentralregierung in Tokyo in den kommenden Jahren mit großen Herausforderungen hinsichtlich Pflege und einem guten Leben im Alter (siehe z.B. Jentzsch & Polak-Rottmann 2024).

Im Folgenden soll ein kleiner Überblick über meine Untersuchungsregionen gegeben werden. Anhand Abbildung 2 ist gut nachzuvollziehen, dass zwischen 2015 und 2020, d.h. innerhalb von nur fünf Jahren in nahezu all diesen Regionen sich die Bevölkerung um bis zu zehn Prozent verringert hat und dass die Alterungsrate, d.h. der Anteil an Menschen, die 65 Jahre oder älter sind, bei allen diesen Gemeinden ungefähr zwischen 45% und 50% liegt. Jede zweite Person ist Senior oder Seniorin. Das ist allerdings nur die Gemeindeebene gesamt betrachtet. Sie können sich vorstellen, wenn Sie sich bestimmte Gemeindeteile ansehen, die vielleicht weiter in den Bergen liegen oder vielleicht etwas abgeschieden vom Zentrum, dass dort der Anteil der Personen mit 65 Jahren oder älter durchaus höher sein kann.

Abbildung 2: Bevölkerungsentwicklung in den Untersuchungsregionen

	Bevölkerung 2015	Bevölkerung 2020	Bevölkerungs- entwicklung (%)	Alterungsrate 2020 (%)
Chizu (Tottori)	7.154	6.427	-10,16	46,76
Okutama (Tokyo)	5.234	4.750	-9,25	50,79
Takamori (Kumamoto)	6.325	5.789	-8,47	45,68
Suzu	14.625	12.929	-11,60	51,62

© Sebastian Polak-Rottmann; Daten aus der japanischen Volkszählung Kokusei Chōsa 2020

Nichtsdestotrotz verstehe ich den ländlichen Raum auch als einen Raum, wo Innovation stattfindet, trotz oder gerade aufgrund dieser Entwicklungen, die wir hier vorfinden. Man kennt in der Forschung Berichte von innovativen Ideen, die aus dem ländlichen Raum letztendlich auf nationale Ebene übertragen wurden. Ein Beispiel dafür ist das *Gemeindebasierte Pflegekonzept* (Hatano et al. 2017, Gagné 2022), wo alle Mitglieder einer Gemeinde für die Pflege der älteren Menschen im Dorf zuständig gemacht werden sollen. Das ist ein Konzept, das mit viel Interesse von Gerontologen und Gerontologinnen auch im deutschsprachigen Raum verfolgt wird (siehe Waldenberger et al. 2022), da es mögliche Antworten auf Herausforderungen in der Pflege in einer überalterten Gesellschaft liefern kann.

Ein anderes Beispiel ist das *Chiiki Okoshi Kyōryokutai* Programm. Dabei handelt es sich um ein staatlich finanziertes Programm, wo junge Menschen für drei Jahre auf das Land ziehen und dort ihre Ideen verwirklichen können. Das Ziel ist, dass diese jungen Menschen dann auch dort in ihrer Wahlheimat bleiben, Familie gründen und so den Bevölkerungsrückgang etwas abschwächen und die Gesellschaft vor Ort nachhaltig verändern können. Dabei spielen Bürgermeister und Bürgermeisterinnen in Japan eine gewichtige Rolle (Chabay 2018). Gerade in einem der Räume, die ich Ihnen vorstellen werde, hat der ehemalige Bürgermeister nachhaltig dazu beigetragen, dass sich die Gemeinde und das Selbstverständnis der Gemeinde stark gewandelt haben, wo der Bürgermeister aktiv an Einzelpersonen herangetreten ist und diese überzeugt hat, sich vor Ort niederzulassen.

Ein weiteres Thema – und gewissermaßen ein globales Phänomen – ist die *Life-Style Migration* von den urbanen Zentren aufs Land, um dort einem bestimmten Lebensstil nachzugehen, z.B. einen ökologisch nachhaltig geprägten Lebensstil zu führen, oder die Kinder in der Natur aufwachsen zu sehen. Hier spielen unterschiedliche Motivationen für junge Menschen eine Rolle bei der Entscheidung, z.B. nicht in Tokyo zu leben, sondern einige Stunden weiter weg ihre neue Heimat zu suchen. Diese Personen bringen potenziell frischen Wind mit und haben mitunter die Motivation etwas zu verändern. Manchmal glücken die Initiativen, die diese Personen ins Leben rufen, manchmal führen sie aber auch zu Parallelgesellschaften. In diesen Fällen existiert die Gemeinschaft der zugezogenen Menschen abgeschottet von der ehemaligen lokalen Bevölkerung. Beide engagieren sich in unterschiedlichen Aktivitäten und weisen nur wenig Berührungspunkte auf.

Zuletzt bleibt anzumerken, dass der ländliche Raum nicht nur von alten Menschen bewohnt wird: Zwar sind etwa 50% über 65 Jahre alt, aber 50% sind noch jünger. In diesem Sinne ist es ebenso wichtig, die Lebensweisen der anderen 50% vor Ort nicht zu vernachlässigen. Bisher konnte ich in den Untersuchungsgemeinden im ländlichen Raum Japans viel Bewegung bei dieser Personengruppe erkennen. Diese unterschiedlichen Akteurskonstellationen, die sich hier in den Gemeinden herausbilden, die ich vergleichend anführe, zeigen, dass man nicht so pauschal über den ländlichen Raum in Japan sprechen kann, sondern dass wir hier unterschiedliche Konstellationen mit unterschiedlichen Ausformungen vorfinden, die aber ähnliche Ideen haben, wie man die ländliche Gemeinschaft vor Ort erhalten kann.

In diesem Vortrag geht es um *Resilienz*, also darum wie sich einzelne Siedlungen gegen Naturkatastrophen wappnen, wie sie sich auch von diesen wieder erholen, aber auch, wie sie mit dem lang andauernden demografischen Wandel umgehen. Hier lassen sich je nach Gemeinde erhebliche Unterschiede feststellen. Es kann dazu führen, wie man auf den folgenden Bildern (Abbildung 3) sieht, dass manche Gebäude verlassen werden und dann unbewohnt bleiben.

Abbildung 3: Der ländliche Raum in Japan – Resilienz



© Sebastian Polak-Rottmann

Auf dem Bild links oben der Abbildung führte Abwanderung zum Verfall der Siedlung. Hier zogen die Menschen aus einer Siedlung weg, die Siedlung ist verlassen und die Gebäude sind eingestürzt. Auf der rechten Seite sehen Sie Gebäude, die durch Naturkatastrophen beschädigt oder zerstört wurden. Das Bild rechts oben stammt aus der *Aso-Region*, jenes rechts unten von der *Halbinsel Noto*, wo sich erst 2024 ein schweres Erdbeben ereignet hat. Es verändert sich auch die Beziehung zur Natur bzw. die Art und Weise des Zusammenlebens, wenn der Zwischenraum zwischen Siedlung und beispielsweise Wald nicht mehr kultiviert wird. Das kann zur Folge haben, dass wilde Tiere aus dem Wald in Siedlungsnähe rücken und teilweise auch in die Siedlungen eindringen. Das Bild in der Mitte zeigt eine Affengruppe, die mir in Okutama, einem Teil Tokyos, begegnet ist, der auch stark mit Überalterung zu kämpfen hat.

Man sieht, dass sich angesichts dieser Veränderungen und der vielen verschiedenen Risiken die lokale Gemeinschaft anpassen muss. Und sie tut dies auf verschiedene Art und Weise. Resilienz ist daher nicht nur ein *Widerstand* gegenüber einem Erdbeben oder gegen Überalterung, sondern es beinhaltet vor allem auch *Prozesse der Adaption*. Wie verhalten sich Gemeinschaften, wie verändern sie sich, um mit diesen Herausforderungen umzugehen? Es können kleine Schritte sein, die lokale Gemeinschaften unternehmen,

aber es kann auch schlussendlich zu größeren *Transformationen* kommen (Moya & Goenechea 2022:6), zu einer ganz anderen Logik des Zusammenlebens, des Funktionierens. Der vorhin erwähnte Bürgermeister beispielsweise hat nachhaltig daran gewirkt, dass sich die Logik innerhalb seiner Gemeinde gewandelt hat. Das kann auch ein Ausdruck von Resilienz sein.

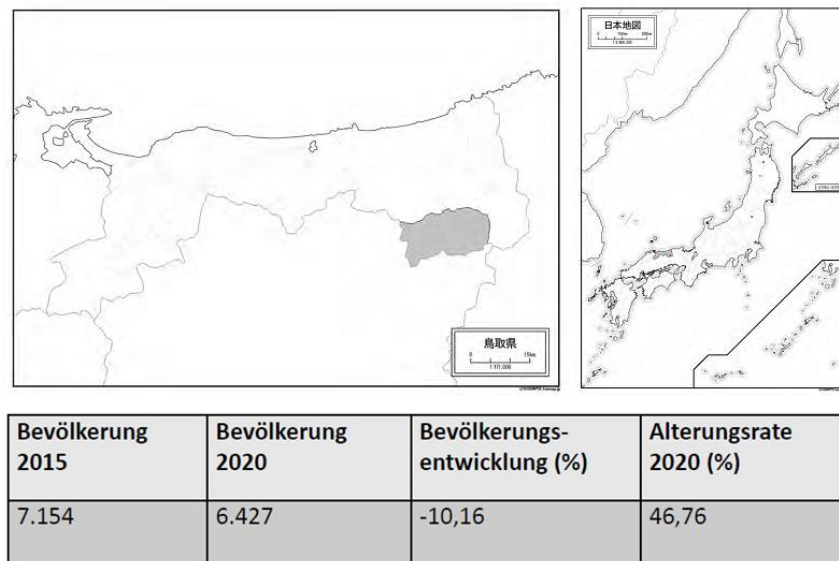
Wir wissen auch, dass verstetigte soziale Beziehungen und Vertrauen ineinander in Form vom *Sozialem Kapital* ein zentrales Element von Strukturen sein können, die diese Resilienz überhaupt ermöglichen (Aldrich 2012, Abe & Murakami 2020). An diesen Beobachtungen knüpfe ich an, wenn ich mir die Orte ansehe, an denen vor dem Hintergrund einer Überalterung von 50% und zahlreichen leerstehenden Häusern überhaupt noch sozialer Austausch stattfindet? Daher geht es bei den folgenden Einblicken nicht nur um Naturkatastrophen, sondern auch um Fragen des demografischen Wandels und andere Risiken, die sich hier ergeben (Okada 2018).

3) Feldbeobachtungen aus Japans ländlichen Regionen

Es sollen drei Beispiele vorgestellt werden, an denen soziale Beziehungen Strukturen der Resilienz aufbauen können.

Das erste Beispiel betrifft *Tottori* in der Gemeinde *Chizu*. *Tottori* ist mit dem Zug etwa 4,5 bis 5 Stunden von Tokyo entfernt.

Abbildung 4: Fallbeispiel Chizu (Tottori)

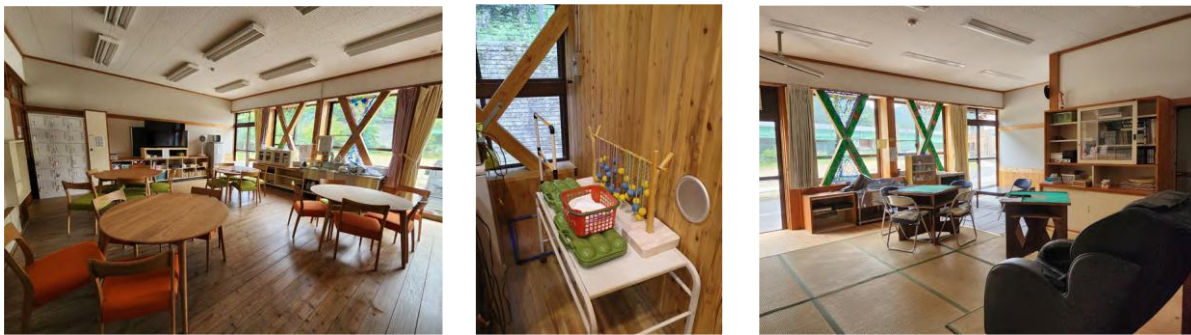


© Sebastian Polak-Rottmann; Bevölkerungsdaten aus der japanischen Volkszählung Kokusei Chōsa 2020; Karten erstellt, basierend auf freemap.jp

Die Gemeinde *Chizu* verzeichnete einen Bevölkerungsrückgang von etwa zehn Prozent innerhalb von fünf Jahren. 46% der Menschen waren 2020 mehr als 65 Jahre alt. *Chizu* ist die zuvor angesprochene Gemeinde, wo der ehemalige Bürgermeister aktiv die Gemeinde umgestaltet hat. Selbstverwaltung der Menschen vor Ort wird auch als Ergebnis einer Jahrzehnte andauernden Revitalisierungsbewegung gesehen und auch vom Gemeindeamt, aber auch den Menschen selbst, als Wert erkannt. Eine Mitarbeiterin des Gemeindeamts meinte dazu: „Auf Basis des Selbstverständnisses als selbstverwaltete Subjekte haben die Menschen darüber nachgedacht, was sie für ihre Gemeinde tun könnten. Es ist nicht so, dass sie diese Dinge tun, weil wir es ihnen sagen. Vielmehr sind wir stolz darauf, dass die Menschen hier selbst darüber nachdenken, wie sie die Dinge angehen.“ (Interview mit Amt, Juni 2023)

Eine wichtige Komponente dieser Selbstverwaltung der Gemeindeteile ist, dass Orte geschaffen werden, die man als Bewohner oder Bewohnerin häufig aufsucht, sogenannte „*kayoi no ba*“. Das ist insbesondere für ältere Menschen notwendig, die verstreut in der Gemeinde leben, aber nur noch wenige Möglichkeiten im hohen Alter haben, weite Wege zurückzulegen, um sich mit anderen Menschen zu treffen. Diese Orte werden von Nachbarschaftsgruppen organisiert, die versuchen diese Strukturen für ihre eigenen Mitbewohner und Mitbewohnerinnen im ganzen Dorf zu gestalten. Ein Beispiel dafür ist der sogenannte „*Miniday*“ als Maßnahme gegen Vereinsamung im Alter. Hier wird eine Art Tagespflegeprogramm für alte Menschen am Land angeboten. Das wird verknüpft mit der Idee, „sich in die Angelegenheiten von anderen einzumischen“. Eigentlich ist das Wort dafür – „*osekkai*“ – negativ behaftet, soll aber hier positiv umgedeutet werden. Man mischt sich eben ein und lässt einander nicht vereinsamen. Man greift hier als selbstverwaltete Gemeinde ein.

Abbildung 5: Miniday als zukunftsgestaltende Maßnahme



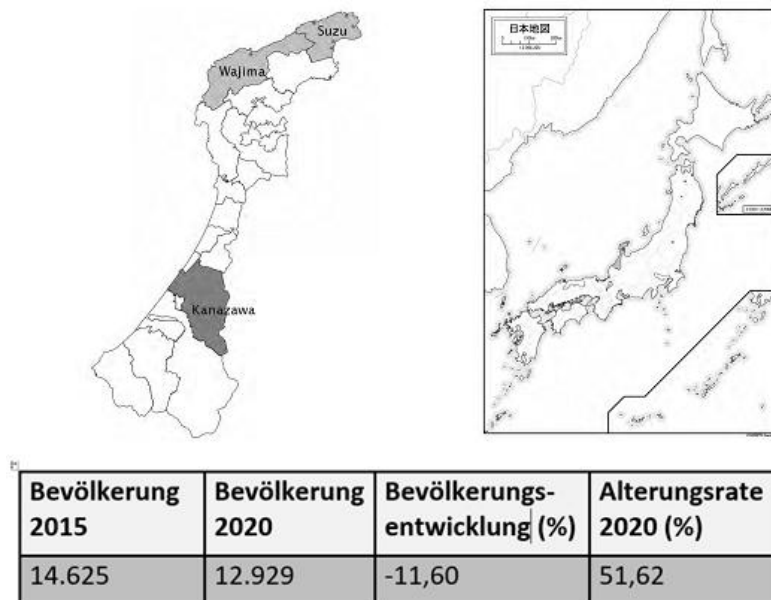
© Fotos linke Seite: Christina Polak-Rottmann; Foto rechts: Sebastian Polak-Rottmann

Ich trage aus meinen Feldnotizen zum Miniday vor: „Die meisten Leute wurden mit einem großen Auto in zwei Fuhren zum Miniday gebracht. Einige wenige kamen selbstständig zu Fuß oder mit dem eigenen Auto. Insgesamt kommen normalerweise knapp unter 20 Personen. Dieses Mal fehlten aber drei Leute. Wir setzten uns an einen Tisch und plauderten mit einigen der älteren Herren. Der Älteste in der Gruppe ist mit neunzig und war ein toller Gesprächspartner. Und auch die anderen waren uns gegenüber kaum verschlossen. Viele waren sehr neugierig darüber, wer wir sind und was wir so machen. Es gibt normalerweise auch eine Sitzordnung. Man sagte uns, dass sich die Leute immer sehr freuen, dass sie hier mit anderen Personen aus dem Bezirk sprechen können, die sie sonst nicht so oft sehen. Normalerweise bewegen sie sich in ihren kleinen Siedlungen umher und dort gibt es auch Leute, die man nicht so gerne hat. Aber dieser Rahmen bietet die Möglichkeit, auch weiter entfernte Leute immer wieder zu treffen. Wir unterhielten uns über den Zweiten Weltkrieg und auch über den gegenwärtigen in der Ukraine. Im Anschluss ging es dann zum „100 Jahre-Training“ und zum „Kau-Training“ für das Mittagessen. Tatsächlich dauerte das Training ziemlich lange und alle machten fleißig mit. Die Übungen reichten von leichten Dehnübungen zu leichten Bewegungsübungen. Dazwischen spielten wir auch in derselben Halle in der alten Volksschule ein Spiel, wo man Schnüre mit zwei Bällen als Enden werfen muss, um sie auf einer Stange aufzuhängen. Wir waren nicht besonders begabt und unsere Gruppe verlor. Es war schön zu sehen, wie es allen Spaß machte und wie man sich gegenseitig anfeuerte. Dazwischen kam auch noch ein neues Mitglied zum Schnuppern. Und einer der Helfer sprang auf der anderen Seite ein, damit ein ausgeglichenes Verhältnis des Teams vorherrschte. Anschließend gingen wir dann in die alte Bibliothek der Schule zum Mittagessen, das drei ältere Damen zubereitet hatten. Man zahlte 500 Yen (etwa drei Euro) und wir stellten uns noch vor dem 100 Jahre-Training kurz vor. Das Essen war hervorragend und alle waren schneller fertig als wir (d.h. ich und meine Frau). Manche hatten auch eine eigene Bentō-Box mit, um dort das übriggebliebene Essen zu verstauen. Herr M., der Leiter, meinte, dass früher viel beim Essen getratscht wurde, man jetzt aber schnell esse, um dann während der anschließenden Ruhezeit zu tratschen. Covid hat das Sprechen während dem Essen erschwert und bis heute vermeiden das die meisten. Tatsächlich war es erstaunlich ruhig. Die anschließende Ruhestunde wurde in den beiden Salonräumen verbracht. Manche spielten mit Spielkarten,

während andere fernsahen oder tratschten. Nicht lange unterhielten wir uns, bis es auch schon zum „Muskel-Training“ in die Halle zurückging. Hier schnallte man sich Gewichte um die Arm- und später auch die Beingelenke und machte kleine Kraftübungen. Eigentlich war es gar kein unanstrengendes Training und die vielen Wiederholungen, beispielsweise beim „Sitz-Training“ haben sicherlich einen guten Effekt. Selbst die, die nicht mehr so fit zu Fuß sind, waren sehr bemüht dabei. Der Miniday endete mit der gemeinsamen Teestunde, wo wir noch einen Grüntee und Süßigkeiten bekamen. Wir ließen unsere Manner-Schnitten verteilen und die ältesten Mitglieder bekamen je ein Stück. Es war echt erstaunlich, wie viele Leute diesen Miniday besuchen und die Erfahrung selbst dabei mitzumachen, halfen das Konzept besser zu verstehen.“

Man sieht hier ganz gut, wie dieser *Miniday* auch als zukunfts-gestaltende Maßnahme wirken kann. Es wird ein Ort für ältere Menschen geschaffen, an dem sich diese wohlfühlen. Es ist auch ein Beispiel für Bottom-up-Wohlfahrtsmaßnahmen, da diese von der Nachbarschaft selbst initiiert und geleitet werden. Herr M., der Leiter, sagte uns auch, dass er das auch für sich selbst als Zukunftsmodell sieht. Er schätzt, dass er in zehn Jahren selber einer der Nutzer dieses Systems sein wird und er hofft, dass es das dann noch gibt. Deswegen arbeitet er auch daran, dass es weiterbesteht. Es ist zugleich eine Möglichkeit für junge alte Menschen, also zwischen 65 und 75 Jahren, sich in dieser Gemeinde einzubringen und mit den älteren Personen im Ort hier auch eine gemeinsame Zeit zu verbringen. Es ist eine Möglichkeit des sozialen Austausches und auch eine Art Event für viele Bewohner und Bewohnerinnen dieses Gemeindeteils, das einmal pro Woche stattfindet. Der *Miniday* hält soziale Beziehungen und gegenseitige Hilfe in Zeiten des demografischen Wandels aufrecht.

Abbildung 6: Fallbeispiel Suzu (Ishikawa)



© Sebastian Polak-Rottmann; Bevölkerungsdaten aus der japanischen Volkszählung Kokusei Chōsa 2020; Karten erstellt, basierend auf freemap.jp

In zweiten Fallbeispiel ergeben demografischer Wandel und eine schwere Naturkatastrophe miteinander eine sehr schwierige Lage für die Region. Im Jänner 2025 war ich Teil einer Forschungsgruppe, die nach *Suzu* in der Präfektur *Ishikawa* gereist ist. Diese Präfektur liegt in Zentraljapan und die Gemeinde *Suzu* an der Spitze der Halbinsel Noto, wo sich am 1.1.2024 ein schweres Erdbeben ereignet hatte. Ich war in etwa ein Jahr später dort und habe mich im Zuge der Forschungsreise mit Personen unterhalten, die Orte gestalten, wo sozialer Austausch stattfinden kann und die über die Schwierigkeiten sprechen konnten, die sie direkt nach der Katastrophe und auch jetzt ein Jahr später vorfinden. Die Bevölkerungsdaten in der

Abbildung 6 stammen noch aus der Zeit vor der Katastrophe. Man kann sich vorstellen, dass jetzt die Alterungsrate deutlich über die 51% gestiegen sein wird.

Suzu liegt in einer Region, die aus zahlreichen Küstendörfern besteht, wo früher Fischerei betrieben und gehandelt wurde. *Suzu* war auch Teil einer Handelsschiffsrouten von den Westteilen Japans bis in den Norden nach Hokkaido. Es gibt auch kleine Siedlungen mit Reisanbau, die etwas weiter landeinwärts liegen. Das schwere Erdbeben wurde dann noch zusätzlich durch eine Starkregenkatastrophe im September 2024 erschwert, die die Bemühungen, acht Monate nach dem Erdbeben Wiederaufbau zu leisten, noch einmal zurückgeworfen haben. Es herrscht nach wie vor eine schwierige Lage mit zerstörter Infrastruktur und der Aufteilung lokaler Gemeinschaften in temporäre Unterkünfte quer durch die Präfektur. Das Sozialleben wird dadurch beeinträchtigt.

Ein Beispiel, das direkt im zerstörten Zentrum dieser Gemeinde stattfindet, ist ein Unternehmen, das sich *OKNoto Bridge* nennt. Es handelt sich dabei um einen Co-Working Space, der von zwei jungen Personen gegründet wurde. Dieses Unternehmen versucht Ideen und Personen zusammenzubringen. Es wirkt zunächst wie ein etwas chaotischer Ort, wo vier bis fünf verschiedene Projekte gleichzeitig realisiert werden, wo verschiedene Personen ihre eigenen Ideen umsetzen. Die Betreiber dieses Co-Working-Spaces betrachten ihn als einen „Ort, um ein anderes Selbst auszubilden“ (違う自分を作る場所), der insbesondere junge Menschen ansprechen soll, darunter auch Schulabbrecher und Personen, die aufgehört haben zu arbeiten. Die Idee war, dass man so einen Ort nicht nur in der Stadt braucht, sondern man derartige Aktivitäten gerade auch am Land machen kann. Interessant ist dabei, dass durch dieses Konzept von Arbeit, wie es sonst eigentlich in dieser Region kaum vorzufinden ist, auch eine Beteiligung an der lokalen Gemeinschaft stattfindet. Die beiden leitenden Personen des Unternehmens nehmen an lokalen Events und Festivitäten teil und sind dadurch mit „traditionellen“ Aktivitäten einer Region verbunden, die sich gerade in einer sehr schweren Lage befindet.

Abbildung 7: Kabulet – Badehaus als Knotenpunkt

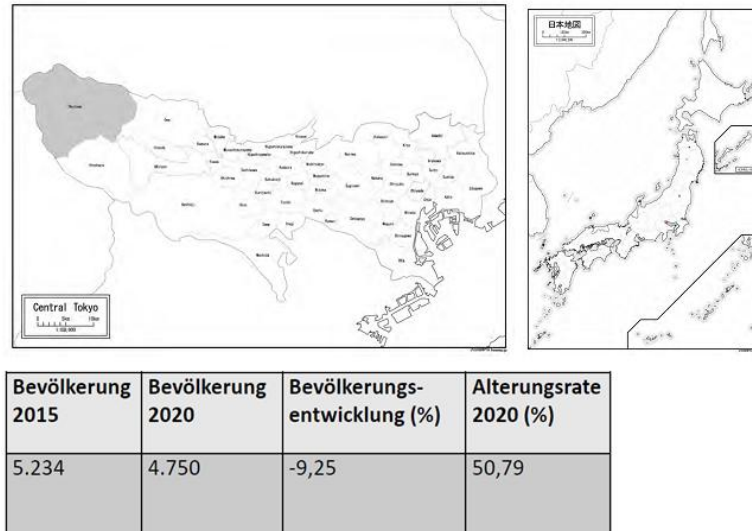


© Sebastian Polak-Rottmann

In der benachbarten Kleinstadt *Wajima*, welche ebenfalls stark von dem Erdbeben betroffen war, hat sich ein Badehaus als Knotenpunkt der lokalen Gemeinschaft etabliert. Hinter dem Konzept steckt eine buddhistische Organisation, die sich *Bussien* (佛子園) nennt und die gemeinsam mit der Stadt ein großes Unternehmen gegründet hat, das nicht nur ein Badehaus umfasst, sondern unter anderem auch Beratung für ältere Menschen, Tagespflege, eine Bar und ein Ramen-Lokal (Nudelsuppenlokal) anbietet. Zentraler Teil des Kabulet ist das heiße Bad, wo, als wir uns mit diesem Betreiber des Gebäudekomplexes unterhielten, viele Menschen ein- und ausgingen – ganz nach dem Konzept der Einrichtung: „Wo ein Bad ist, da kommen die Leute zusammen“.

Das dritte Fallbeispiel betrifft die Region Tokyo, allerdings nicht das innerstädtische Gebiet, sondern *Okutama*, die westlichste Randgemeinde der Präfektur Tokyo, eine beliebte Wanderregion und touristische Destination.

Abbildung 8: Fallbeispiel Okutama (Tokyo)



© Sebastian Polak-Rottmann; Bevölkerungsdaten aus der japanischen Volkszählung Kokusei Chōsa 2020; Karten erstellt, basierend auf freemap.jp

Hier ist die Demografie ähnlich wie in den beiden anderen Fallbeispielen. Dies mag zunächst erstaunen, da es sich bei *Okutama* um eine touristisch genutzte Region handelt, die nur knapp zwei Stunden vom Stadtzentrum Tokyos entfernt liegt. Die Charakteristika des Ortes sind jedoch gleichermaßen Bevölkerungsschwund und Überalterung. Es herrschen Probleme mit Nachfolge und Arbeitsplätzen vor. Zu wenige Leute wären vor Ort, die hier auch leben wollen. Die Gemeindeteile, die näher an der Bahnlinie liegen, können vereinzelt jüngere Personen dazu bewegen, sich hier anzusiedeln. Das Gebiet um den Okutama-See hingegen ist weitaus schlechter an das Verkehrsnetz angebunden und verzeichnet einen gravierenden Bevölkerungsverlust.

In *Okutama* ist es für die lokalen Initiativen und auch für das Gemeindeamt wichtig, sogenannte *kankei jinkō* auszubilden. Dabei handelt es sich um Personen, die sich mit der Region verbunden fühlen, immer wieder in diese Region reisen, aber nicht dort leben. Ich zähle als Forscher ebenfalls als *kankei jinkō*, weil ich immer wieder in diese Region fahre und mit ihr eine gewisse Beziehung aufgebaut habe. Akteure in der Gemeinde haben sich zum Ziel gesetzt, diese *kankei jinkō* in die Zukunftsplanung der Gemeinde mehr einzubinden. Es gibt keinen einzigen Supermarkt in diesem sehr weitläufigen Ort und auch die Notwendigkeit von Versammlungsorten hat sich erst kürzlich ergeben. Ein Interviewpartner vom Gemeindeamt hatte gemeint: „Früher hat man vielleicht kaum Orte gebraucht, wo man sich bewusst trifft. Aber jetzt, wo das Teetrinken in der Nachbarschaft abgenommen hat, sind solche Orte notwendig geworden.“ (Interview mit Amt, November 2023). Damit wurden Orte notwendig, die dezidiert für den sozialen Austausch vorhanden sind.

Als Beispiel möchte ich einen Ort vorstellen, der vielleicht mehr einen Prozess als eine Lokalität im engeren Sinne darstellt. Im östlichen Teil der Gemeinde gibt es eine NPO, die geschaffen wurde, um *Okutama* neu zu erfinden. Im Zuge regelmäßiger Meetings bringt sie eine Vielzahl an Personen zusammen, darunter die sogenannten *kankei jinkō*, um gemeinsam Probleme vor Ort zu lösen. Bei diesen Treffen wird viel diskutiert, es werden verschiedene Meinungen berücksichtigt und schlussendlich versucht, auch auf das Gemeindeamt einzuwirken und hier Entscheidungen zu beeinflussen. Erste

Erfolge konnten bereits durch Workshops erzielt werden, wie man sich die Gemeinde vorstellt und wie man darauf aufbauend ein neues Gemeindeamt bauen könne. Das Gemeindeamt wird in jüngerer Zukunft erneuert. Durch die NPO hat sich eine Bewegung formiert, die sich dafür eingesetzt hat, Bürgerinnen und Bürger in den Prozess zu involvieren und das Amt mitzugestalten.

4) „Orte der Resilienz“ – ein Versuch der Konzeptionalisierung

Die Erkenntnisse aus den drei Gebieten sollen nun abschließend in einen theoretischen Rahmen gebracht werden. Ich möchte darstellen, warum ich diese unterschiedlichen Orte in diesen verschiedenen Regionen Japans als „Orte der Resilienz“ begreife.

Erstens sind diese Orte des Austauschs Impulsgeneratoren. An ihnen findet Veränderung statt und es werden Ideen geboren, die dazu führen können, dass sich die lokale Gemeinschaft verändert. Bisherige Forschung – insbesondere die japanische ländliche Sozialforschung – ist bereits auf diese Dynamik aufmerksam geworden und merkt an, dass es diese Orte braucht, um überhaupt Maßnahmen treffen zu können, die Gemeinden zu revitalisieren, zu erneuern bzw. lebendig zu machen (Odagiri 2014; Hirai 2022; Yama 2021; Okada 2021; Chabay 2018). Der Resilienzforscher Norio Okada nennt sie *Communicative Spaces* (Okada 2021). Er charakterisiert ihre Bedeutung wie folgt: *„For the purpose of actual practice and social implementation, we need to set up, then foster and repeatedly activate a communicative place, where participants meet openly, plan and act together step by step. The place can be very small in size, particularly at the start but needs to be adaptively designed and recreated through a communicative process.“* Okada zeigt, dass es darum geht, die Möglichkeit zu schaffen, sich zu treffen, aber dann auch zu planen, gemeinsam zu handeln und das wiederholt. Hier lassen sich Ähnlichkeiten zu Hannah Arendts Konzept des Erscheinungsraums treffen: *„Ein Erscheinungsraum entsteht, wo immer Menschen handelnd und sprechend miteinander umgehen; als solcher liegt er vor allen ausdrücklichen Staatsgründungen und Staatsformen, in die er jeweils gestaltet und organisiert wird. [...] Er liegt in jeder Ansammlung von Menschen potentiell vor, aber eben nur potentiell.“* (Arendt 2019 [1958]: 251). Dieser Raum ist also nur dann wirksam, wenn er permanenter Erneuerung, also stetigem Handeln unterzogen wird.

In diesem Sinne halte ich es für sinnvoll, diese Orte nicht unbedingt an ihre materiellen Bedingungen zu knüpfen, sondern sie als Prozesse zu begreifen. Die Humangeografie schlägt vor, *Place as “integrations of space and time; as spatio-temporal events”* (Massey 2005, 130) zu sehen. Dies spiegelt die tatsächlich vor Ort gelebten und erlebten Erfahrungen wider, wie ich sie anhand der Beispiele angeführt habe. Gemeinsam schaffen unterschiedliche Personen dadurch, dass sie an diesen Orten miteinander in Kontakt treten, etwas Neues; sie eröffnen einen Raum, der erst Veränderung möglich macht und so Strukturen der Resilienz aktualisiert.

Auf ähnliche Weise kann man diese Dynamik von einer japanischen Perspektive betrachten. Das Konzept *Ba* (場) wird in der Anthropologie in Japan herangezogen, um zu demonstrieren, dass man Personen und Situationen nicht voneinander trennen kann und auch nicht von dem Ort trennen kann (Kajimaru et al. 2021, 16). D.h. *Ba*, der Ort, entsteht erst durch dieses Zusammenspiel von Personen, Situationen und einer bestimmten Atmosphäre, die sich aufgrund dieser Wechselwirkung erst ergibt. Interessanterweise haben auch viele meiner Interviewpartner diese Räume mit verschiedenen Begriffen immer als *Ba* bezeichnet, wie etwa *Kayoi no ba* („Ort des wiederholten Treffens“) oder *Katsuyaku no ba* („Ort für Aktivitäten“). Daher ist es umso wichtiger, diese Perspektive hier zu ergänzen, der den Fokus auf die Produktion dieser Orte legt und nicht auf die Materialität per se.

Wenn man diese Charakteristika, wie ich sie jetzt theoretisch gerahmt habe, zusammenbringt, fällt auf, dass „Orte der Resilienz“ auch dazu da sind, dass neue Ideen verwirklicht werden können. Das sind Räume, um gestalterisch wirksam zu sein. Es sind aber auch Orte zur Vernetzung mit anderen,

sogenannte „dritte Orte“ als zentraler Aspekt im Sozialleben (Oldenburg 1989). Es sind Orte, die Räume schaffen, an denen man sich zuhause fühlt. „Orte der Resilienz“ sind „Orte, die man immer wieder aufsucht“ (Okada 2021), wo man wiederholt hinfährt, sich wohlfühlt und mit anderen gemeinsam Zeit verbringt. Es sind aber auch Orte – und das ist hier wichtig zu betonen – die für nachbarschaftliche Aktivitäten genutzt werden können und dadurch erst ihre Bedeutung erhalten. In diesem Sinne handelt es sich bei einem „Ort der Resilienz“ nicht um einen isolierten Raum, der von Personen betrieben wird, die gar nichts mit der Gemeinde zu tun haben wollen und nur ihre individuellen Ideen verwirklicht sehen wollen. Um als „Ort der Resilienz“ wirksam zu sein, muss dieser in die Art und Weise, wie die Gemeinde funktioniert, eingebunden sein. Er kann sie verändern, er kann Impulse setzen, aber die Orte, die heute vorgestellt wurden, sind auch tief verwurzelt in lokale Aktivitäten und haben eine Bedeutung für verschiedene Gruppen von Menschen. Wichtig ist auch diese prozesshafte Natur. Erst durch die Beziehungen zwischen den Menschen eröffnet sich dieser dynamischer Raum, der sehr stark an diese Veranstaltungen, diese Events bzw. diese Handlungen, die wiederholt stattfinden, gebunden ist (Massey 2005).

Man sieht den Unterschied zwischen verschiedenen Orten mitunter auch deutlich anhand ihrer Materialität. Ohne Aktivitäten, ohne Relationen vor Ort verfällt das Gebäude und wird Teil des sogenannten *akiya-Problems* („leerstehende Häuser“). Es wird eines von vielen leerstehenden Häusern, das zeigt, dass hier nicht mehr viel Sozialleben stattfindet. Menschen aus dem Dorf und auch von außerhalb, die sogenannten *kankei jinkō*, geben dem Gebäude aber seine Bedeutung jenseits dieser unmittelbaren Materialität. D.h. es kann auch in demselben Ort ein zerstörtes Gebäude existieren und daneben ein funktionales Gebäude, das neu erfunden wurde und eine neue Bedeutung für die Gemeinschaft erhält wie im Fall von Abbildung 9.

Abbildung 9: Zerstörtes und funktionales Gebäude



© Sebastian Polak-Rottmann

Diese Beschreibung der unterschiedlichen Funktionen des Ortes werden oft mit diesem japanischen Konzept von *Ba* verbunden, mit einem Begriff eines Ortes, der nicht von den Personen, Situationen und der Atmosphäre, die dort herrscht, isoliert betrachtet, sondern als Gesamtheit begriffen wird. Im erneuten und wiederholten Einander-Treffen werden letztendlich Impulse der Veränderung gesetzt, die dann wieder die Strukturen verstetigen, die dafür da sind, dass in schwierigen Zeiten die Gemeinde oder auch die Gemeinschaft rasch regieren kann. Das ist eine der Stärken vieler japanischer Initiativen. Manchmal scheitern sie aber auch. Heute habe ich Ihnen meine Interpretation geliefert, um dieses Konzept zu bilden. Wir könnten hier auch viele Kritikpunkte daran formulieren, doch das möchte ich mir für einen anderen Rahmen aufheben.

Heute ist es mir darum gegangen, Ihnen zeigen, dass es genau diese Orte sind, die dafür sorgen, dass dann diese Strukturen der Resilienz auch greifen, wenn es notwendig ist. Denn diese disruptiven Risiken, welche die Gemeinden immer wieder herausfordern, zerstören diese Gemeinschaften nicht unbedingt. Stattdessen führen sie mitunter dazu, dass Anpassungsprozesse unternommen werden, die zu einer

breiteren Transformation von Gemeinschaften führen können. Es können im Zuge dessen neue Orte entstehen als Ergebnis dieser Transformationsprozesse; es können aber auch neue Orte in alten Gebäuden entstehen, wie in der alten Volksschule des *Miniday*. Es kann eine Vielzahl von Akteuren diese Orte schaffen. Es kann eine Bottom-up Initiative dahinterstecken, aber auch eine buddhistische Organisation in einem Joint-Venture mit der Lokalverwaltung. Es kann sich aber auch um eine Top-down Aktivität handeln, wo das Gemeindeamt die Herausbildung derartige Räume fördert und anleitet.

Abschließend noch eine Betrachtung zum ersten Fallbeispiel. Der von einem lokalen Verein geleitete *Miniday* ist kein externes Ereignis, das sich ausschließlich an die älteren Menschen des Viertels richtet, sondern eine kontinuierliche Produktion eines Ortes, an dem der Gedanke der gegenseitigen Hilfe gestärkt und in die Wahrnehmung der gesamten Gemeinschaft integriert wird. Der materielle Ort des verlassenen Gebäudes, in dem diese Veranstaltung stattfindet, wird durch die zahlreichen Aktivitäten und Geschichten, die in den alten Räumen und Gängen stattfinden, die wieder mit der Energie einer Vielzahl von Menschen gefüllt sind, zu einem Ort der Resilienz.

Diskussion

Büchel-Kapeller (Amt der Vorarlberger Landesregierung Büro für Zukunftsfragen): Gibt es Parallelen zu Zeitpolster in Österreich? Zeitpolster ist ein Projekt, wo man als junger Pensionist oder Seniorin ehrenamtlich für Ältere tätig sein kann. Damit schaffe ich ein Vorsorgenetz, d.h. wenn ich dann etwas brauche, es dann abschöpfen kann. Das ist ein österreichweites Projekt in dem Sinne: „heute helfe ich und morgen wird mir geholfen.“ Eine sagt z.B. „jetzt habe ich Zeit und Energie, später kann ich diese von anderen abnehmen.“ Das ist ein Betreuungs- und Vorsorgenetz als Zeitpolster für die persönliche Altersvorsorge.

Polak-Rottmann: Ich würde sagen, der Unterschied ist jener, dass das was Sie mir jetzt dargelegt haben, das Zeitpolsterprojekt, doch dezidiert dieses Ziel auch verfolgt, während das, was ich in Japan gesehen habe bzw. was man mir nähergebracht hat, nicht offiziell diesen Grund haben. Die Leute helfen da nicht mit, um diese Credits zu bekommen, mit denen sie sich dann jetzt böse gesprochen „diese Hilfe später zurückkaufen zu können“, sondern die Hoffnung ist, dass das ganz natürlich kommt. Die Hoffnung ist, dass man da auch ein bisschen aus einer moralischen Verpflichtung mitwirkt. Das ist vielleicht auch etwas Normatives, das in dieser Gemeinde vorherrscht, dass man einander hilft, auch wenn man vielleicht nicht möchte. Das weiß ich nicht, so weit will ich gar nicht gehen. Aber man erhofft sich dann, dass man zumindest dieses System weitererkhalten kann. Diesen *Miniday* und diese Selbstverwaltung gibt es schon seit 30 Jahren in dieser Gemeinde, die schon verschiedene Aktivitäten durchgeführt hat. Dass es das immer noch gibt, ist schon erstaunlich für eine Gemeinde, die schon lange schrumpft. Und deswegen ist die Hoffnung einfach da, es ist eine reine Hoffnung und keine Gewissheit.

Prohachska-Meyer (Institut für Ostasienwissenschaften, Abteilung Japanologie der Universität Wien): Es wurden diese drei Beispiele genannt. Beim *OKNoto Bridge* wurden zwei junge Personen erwähnt. Ich habe mich gefragt, wer hinter diesen Orten steht. Ich vermute, dass das eher Personen, die so um die 50+ Jahre alt sind, d.h. jüngere Ältere, die kurz davor stehen auch zur Gruppe der älteren Personen zu gehören. Ist meine Vermutung richtig, dass das die aktiven Leute, oder auch die *kankei jinkō* in der Altersgruppe zwischen 50 und 60 sind? Und wenn ja, ist das Beispiel von *OKNoto Bridge* mit diesen beiden jungen Leuten eher unüblich? Was sind ihre Motive gewesen?

Polak-Rottmann: Tatsächlich stehen ganz unterschiedliche Leute hinter diesen Orten, die ich vorgestellt habe. Bei dem Beispiel in *Chizu* mit dem *Miniday* waren es am Anfang genau Personen in dieser Altersgruppe. Diese ganze Selbstverwaltung ging von Leuten aus, die noch nicht ganz so alt sind. Mittlerweile sind schon viele Jahre vergangen und es sind schon wesentlich betagtere Leute, die dieses System immer noch prägen. Jene, die diesen *Miniday* nun leiten, sind jetzt oft selber schon weit über 70,

aber noch fit und die machen das für die 90 bis 95-Jährigen, die auch noch fit sind. Das ist ja eine präventive Pflege. Beim Beispiel von *Okutama* waren es pensionierte lokale Führungspersonen (*kuchō*) im Alter von 65 bis 75 Jahren. Diese sahen, dass nichts mehr weitergeht, die Leute nichts mehr machen und das Amt nichts macht, was sie sehr ärgerte. Sie hatten das Gefühl, dass sie in einer recht privilegierten Position in diesem Amt waren und daher sie etwas ändern könnten. Dann haben sie mit vielen Leuten von außerhalb gesprochen und diese *kankei jinkō* hereingeholt. Mittlerweile ist ein Großteil dieser NPO *kankei jinkō*. Das sind Leute, die nicht einmal dort leben, aber Interesse daran hatten, die Gemeinde zu erhalten, weil sie so nahe an Tokyo ist. Diese *OKNoto Bridge* halte ich für eine sehr spezielle Geschichte. Die beiden jungen Personen, die ich dort getroffen habe, waren energetische Leute, wie ich sie selten erlebt habe. Diese hatten einfach eine intrinsische Motivation, um hier wirklich etwas ins Leben zu rufen, etwas auf Teufel komm raus zu probieren. Wenn es nicht klappt, dann macht man etwas anderes. In *Suzu* ist die Lage wirklich sehr schwierig. Daher ist alles willkommen. Die Hauptsache ist, dass man etwas macht. Das hat vielleicht auch die positive Seite, dass man Dinge probiert, die ganz unüblich sind.

Rail (Institut für Kultur- und Sozialanthropologie, Universität Wien): Ich möchte vorausschicken, dass mir sehr gut gefällt, Orte der Resilienz als personen- und beziehungsgebunden zu sehen, d.h. zu verstehen, dass das immer partikular verankert sein muss, damit etwas entsteht. Meine Frage ist ähnlich wie die vorherige, hat vielleicht aber einen etwas anderen Twist. Es wurde schon erklärt, wer diese Personen bzw. Arten von Personen sind, die hinter diesen Initiativen stehen. Mich würde interessieren, was von einzelnen Fallstudien vielleicht schwierig zu abstrahieren ist, welche Arten von Infrastruktur es gibt, die die Entstehung von solchen Orten unterstützen, z.B. Zugang zu Räumlichkeiten oder dass Umweltkatastrophen als Katalysatoren wirken. Welche Institutionen gibt es bereits, auf die aufgebaut werden kann, z.B. Sportvereine usw.? Was sind die Bedingungen der Möglichkeit, dass es zu so einem Anstoß kommt, die nicht nur Personen, sondern auch institutioneller Natur sind?

Polak-Rottmann: Diese Frage bringt mich auch auf neue Ideen, mich noch mehr damit auseinanderzusetzen. Was ich bereits jetzt schon sagen kann, ist auf jeden Fall in Bezug auf die Räumlichkeiten, dass in fast allen dieser Orte aufgrund dieser Abwanderung Schulgebäude leer werden. Schulen sind multifunktionale Räume. Es gibt dort eine Küche, eine Bibliothek, eine riesige Sporthalle, es gibt Klassenzimmer und dergleichen. Selbst am Land sind Schulen relativ groß und haben Platz für alles Mögliche. In fast allen dieser Gemeinden gibt es interessante Aktivitäten, ganz interessante Konzepte, wie man diese Räume neu nutzen kann. Der zweite Punkt ist, dass durch eine Umweltkatastrophe, wie z.B. das Erdbeben in *Suzu*, wo unheimlich viel zerstört wurde und man sich nun die Frage stellt, wo solche Räume überhaupt noch vorhanden sind. Da gibt es jetzt tatsächlich auch subventionierte Programme, um solche Versammlungsorte neu zu bauen. Da gibt es eine Initiative „*das Haus für alle (Minna no ie)*“, die noch auf die *Tōhoku-Katastrophe 2011* zurückgeht. Das wurde dann auch in *Kumamoto* und auf der Halbinsel *Noto* umgesetzt, wo um das Gemeinschaftsgefühl zu stärken, ein Mehrzweckgebäude neu gebaut wurde. Dort, wo die Infrastruktur fehlt, muss man sie schaffen. Das ist auch die Schwierigkeit in *Okutama*, wo es wenige solcher Versammlungsorte gibt, und wo dann diese Treffen oft privat zu Hause stattfinden. Das macht es gerade in einem Ort mit sehr viel Tourismus schwierig. Es gibt nicht viele Cafés, wo man sich treffen kann, weil dort am Wochenende die ganzen Touristen hingehen. Es ist auch schwer, die Zeit und den Ort in einer Region zu finden, wo sehr viele dieser *kankei jinkō* bzw. Touristen hinkommen. Auch hier stellt sich die Frage, wo man diese Versammlungen überhaupt durchführen kann. Das ist meiner Meinung nach in *Okutama* eine viel schwierigere Frage als in *Chizu*.

Larcher (Institut für Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, Universität für Bodenkultur Wien): Sie haben diese Orte gewissermaßen als Situationen, Beziehungen und Raum definiert. Wer partizipiert jetzt tatsächlich an diesen Räumen? Vor allen Dingen haben Frauen überhaupt kulturell bedingt die gleichen Möglichkeiten daran teilzunehmen wie die Männer? Sie zeigten, dass ungefähr 50% der Personen jünger als 65 Jahre alt sind. Ein Teil davon wird im Erwerbsalter sein. Gibt es in Japan Arbeitspendeln wie bei

uns in Europa, d.h. dass diese vielleicht tageweise oder wochenweise auspendeln, in der Gemeinde zwar den Hauptwohnsitz haben, aber eigentlich die meiste Zeit dann gar nicht da sind? Inwieweit haben solche Personen überhaupt die Möglichkeit, sich einzubringen?

Polak-Rottmann: Die die Antwort auf die Frage, wer tatsächlich partizipiert, ist sehr unterschiedlich. Es gibt definitiv Machtstrukturen. Es gibt auch eine starke geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, auch innerhalb dieser Räume. Es partizipieren beide Geschlechter. Aber dann muss man genau schauen, wer was macht. Wer hat die Führungsrollen und wer hat die unterstützenden Rollen? Da finden sie noch ganz stark in der traditionellen Gemeinschaft verankerte Genderrollen und -ungleichheiten. Also, die Frauen kochen und bereiten das Essen zu, die Männer leiten offiziell die Initiativen. Ein bisschen wird das aufgeweicht, wenn es um Altenpflege geht. Bei den Events, wo die richtig alten Menschen im Zentrum stehen und wo es darum geht, wer diese Räume gestaltet, wer da mithilft, da würde ich das nicht mehr so unterstreichen, dass da sehr starke Unterschiede wären. Prinzipiell ist das ein großes Problem, aber es sind Räume der Innovation, gerade weil demografischer Wandel stattfindet. Es gibt natürlich solche *Activity Gaps*, die dadurch entstehen, dass einfach weniger alte Männer da sind, die diese notwendigen Rollen, die es gibt, erfüllen können, das machen wollen oder machen können. Es ist mitunter etwas zynisch, dass das einer der Gründe ist, aber es ist auch die Realität, dass durch diese Lücken, die da entstehen, natürlich jetzt Gruppen die Chance haben, sich hervorzutun, hier auch zu partizipieren, die diese Chance vorher vielleicht nicht hatten. Dazu zählen auch junge Männer, die nicht viel zu sagen haben in den ländlichen Gemeinden, dazu zählen Frauen und dazu zählen zugezogene Menschen von außerhalb. Es ist, wie gesagt, ein dynamischer Raum und es ist ein Raum, der durchaus auch eine gewisse Diversität zeigt. Arbeitspendeln gibt es, wenn es möglich ist, sehr wohl. In *Chizu* und in *Okutama* pendeln einige Menschen. In *Suzu* wird es schwieriger, denn da fährt man drei Stunden bis man in *Kanazawa*, der nächst größeren Stadt ist. Also, dort ist Pendeln schwierig. Häufiger als Tages- oder Wochenpendeln ist hier eine Wanderungsbewegung im Leben. Zum Studieren bzw. für die Ausbildung verlässt man das Elternhaus, zieht in die Stadt, lebt dort bis die eigenen Eltern zu alt sind, um sich um das Elternhaus zu kümmern und dann mit 50, 55 oder 60 kehrt man in den Ursprungsort zurück. Diese Leute sind dann jene, die tatsächlich offen für neue Ideen und Veränderungen sind, weil sie außerhalb ihrer Heimat selber verschiedene Erfahrungen gemacht haben.

Buchinger (Vamos! Nachhaltige Personal- und Organisationsentwicklung, Sigharting): Wie lange dauert so ein Prozess bis Orte des wiederholten Austausches wirklich leben?

Polak-Rottmann: In der Empirie sieht man die Unterschiede zwischen den Regionen bereits sehr deutlich. Auf der einen Seite haben wir den Fall *Chizu*, in *Tottori*, wo es seit 30 Jahren diese Bewegung gibt, dort eine Selbstverwaltung durchzuführen, diese Orte des Austausches zu schaffen. Diese Orte haben sich geändert. Zuerst waren das Blockhäuser aus Holz, die man gebaut hat. Die wurden später wieder abgerissen, aber die waren so eine Art Bildungsforum für die Leute vor Ort. Das hat sehr lange funktioniert. Dort hat sich die Gemeinde immer wieder versammelt, es wurde dort sogar philosophiert. Da gab es Philosophietreffen, Bildungstreffen, Planungstreffen, wie man z.B. die Gemeinde *Chizu* gegenüber Naturkatastrophen sicherer machen kann, auch gegenüber Schneefällen, weil es dort sehr viel schneit. Diese Fragen wurden da diskutiert. Das hat sich dann gewandelt. Es gab dann nicht mehr die Notwendigkeit bzw. man wollte das so nicht mehr. Jetzt ist es dieser *Miniday*, wo sich die Menschen jetzt weiterhin treffen und hier den sozialen Austausch und in der Gemeinde noch irgendwie eine Funktion haben. D.h. die Idee gibt es schon sehr lange, aber die Ausformung dieser Idee wandelt sich. Die Frage ist, ob so etwas auch scheitern kann. In *Okutama* ist man sich nicht sicher, ob das mit dieser NPO klappt. Sie sagen, es fällt ihnen wahnsinnig schwer, diese mittlerweile ziemlich große NPO mit den vielen Menschen zu managen. Das sind sie nicht gewohnt. Sie sagen auch, dass es eine Schwierigkeit ist, damit umzugehen und dass sie nicht ganz wissen, was sie jetzt mit so vielen Leuten machen sollen. Ob das jetzt Bestand hat und in welcher Form, weiß man nicht. D.h. wir sehen Befunde, wie das aussehen kann, aber auch die

Räume selbst passen sich an und ändern sich. Deswegen denke ich, ist es wichtig sich genau diese Prozesse und verschiedene Räume sich näher anzuschauen und zu vergleichen.

Hagen Hodgson (Institut für Umwelt und Natürliche Ressourcen, Züricher Hochschule für Angewandte Wissenschaften): Wie haben Sie diese Orte ausgesucht? Kennen Sie *Hiroko Amemiya*? Sie ist Japanerin, mittlerweile pensioniert, forscht aber weiter an der *Universität Rennes* über die Lebenssituation älterer und alter Menschen. Sie ist häufig in Japan und hat sich vor allem mit der Situation von Bäuerinnen und Bauern im ländlichen Raum beschäftigt. Inwieweit sind diese von Ihnen beschriebene Strukturen reine Beschäftigungstherapie und inwiefern ist das wirklich noch ein sinnhafter Beitrag älterer und alter Menschen für die Gemeinschaft bzw. für die Gesellschaft? Das ist ein wichtiger Punkt, wie man sein Wissen weitertragen kann und selber dabei mit dem Beitrag an die Gemeinschaft selber noch Bedeutung im Alltag haben kann.

Polak-Rottmann: Die Auswahl der Orte hatte folgende Gründe. *Chizu* in *Tottori* wurde deswegen ausgewählt, weil es diese 30-jährige Geschichte der Selbstverwaltung in Hinblick auf resiliente Strukturen hat. Das ist in der Forschung zu Japan kein unbekannter Fall, wenn man sich mit Resilienz beschäftigt. Interessiert hat mich vor allem der jetzige Stand, da die Literatur dazu schon etwas älter ist. Wie ist die Lage jetzt, nachdem die Hauptphase der Selbstverwaltungsinitiative in dieser Gemeinde vorbei ist? *Suzu* und *Kumamoto*, die letztere Präfektur habe ich in meinem Vortrag nicht berücksichtigt, sind beides Regionen, die in rezenter Vergangenheit mit Naturkatastrophen zu tun hatten und wo man wirklich sehen konnte und auch noch kann, wie diese Strukturen wirken. Dazu gibt es Befunde und viele Erzählungen und man kann sehr gut erforschen, wie diese sozialen Beziehungen wirken können. *Okutama* soll ein Kontrastfall darstellen. Hier gab es zwar in jüngerer Vergangenheit kein starkes Erdbeben, aber es gibt trotzdem ähnliche demografische Bedingungen, wie in all den anderen Regionen. Zusätzlich ist das noch in der Nähe von *Tokyo*. Diese Hauptstadtregion hat ganz andere Bedingungen, aber letztendlich eine ähnliche Situation. Es gibt Bemühungen, alte Menschen in einer einfachen Tagespflege zu beschäftigen, es gibt aber auch Programme, wo es um die Gesundheit geht, Muskelaufbautraining usw. Es gibt Kraftstudios nur für alte Menschen bis hin zu sogenannten *Orange Cafés*, wo es um Demenzprävention geht. Dort dürfen Menschen mit Demenz wieder die Hauptrolle spielen, denn wenn sie bei ihren Familien leben, wird ihnen meistens jegliche Möglichkeit zur Selbstbestimmung genommen, d.h. man sagt ihnen oft: „Tu das nicht, denn das ist gefährlich.“ Bei diesen *Orange Cafés* leiten sie das Kochen an, jeder und jede hat seine Rolle. Da wird aktiv Teilhabe geleistet. Dann gibt es aber auch Projekte, wo man alte Menschen wirklich aktiv in die Gemeinde einbindet, wo man z.B. freiwillige Guides für den Tourismus sucht. Zu Covid Zeiten haben sie z.B. Masken für die gesamte Gemeinde hergestellt. Es werden Möglichkeiten für alte Menschen geboten. In *Okutama* gibt es auch das sogenannte *Silber-Arbeitszentrum*, wo Arbeiten für ältere Menschen angeboten werden, z.B. Baumschneiden, Reinigen von Feldwegen, was auch immer in der Gemeinde gerade gebraucht wird. Es gibt auch Taxidienste und dergleichen. Das findet in vielen Gemeinden statt, weil auch auf der einen Seite einfach die Arbeitskräfte fehlen und auf der anderen Seite viele ältere Menschen noch einen Beitrag leisten, aber keine reguläre Arbeit mehr machen wollen. Dazu gibt es auch Vermittlungsagenturen, die das ermöglichen.

Stahl (Kunstuniversität Linz): Wie ist denn die Pflegesituation in Japan? Gibt es genügend Pflegende, oder ist das auch eine Reaktion auf mangelndes Pflegepersonal z.B. beim Muskeltraining?

Polak-Rottmann: In Japan gibt es einen massiven Pflegekräftemangel. Deswegen gibt es unter anderem auch das Konzept der kommunenbasierten Pflege. Hier wird innerhalb der gesamten Gemeinde die Idee promotet, dass Menschen nicht alleine dafür verantwortlich sind, dass es ihnen im Alter gut geht, auch nicht nur professionelle Dienste, sondern dass wir als gesamte Gemeinde dies als unsere Verantwortung ansehen. Dann sollen z.B. Zeitungsausträger:innen oder Zustelldienste einmal schauen, ob die Personen die Tür aufmachen und nicht einfach die Ware hinstellen und gehen. Wenn sie Veränderungen bei ihrer

Kundschaft bemerken, sollen sie dann mit den Zuständigen in der Gemeinde reden. Dann schickt die Gemeinde jemanden hin. Diese Form der gemeindebasierten Pflege, wo verschiedene Akteure in der Gemeinde mobilisiert werden, damit sie sich um die Pflege der alten Menschen kümmern, das ist etwas, was jetzt sehr stark von der staatlichen Seite promotet und auf lokaler Ebene implementiert wird. Das ist nichts Neues für viele Gemeinden, das hat man ohnehin gemacht. Jetzt ist es formalisiert und jetzt wird Bewusstsein dafür geschaffen, dass das ganz wichtig ist. Da versucht man schon präventiv einzugreifen und den Pflegebedarf so gering wie möglich zu halten, indem von vornherein Leute nicht vereinsamen lässt, Krankheiten schon frühzeitig erkennt und die älteren Leute auch innerhalb der Gemeinde sozial verankert. Das ist der Gedanke und so versucht man den Pflegebedarf hinauszuzögern oder zu reduzieren.



Im zweiten Vortrag präsentierte **Lisa Rail** vom *Institut für Kultur- und Sozialanthropologie der Universität Wien* Ergebnisse aus ihrer Dissertationsforschung zu gemeinschaftlichen Eigentumsformen an Almen in Österreich mit ethnographischem Fokus auf dem steirischen Salzkammergut und dem Tiroler Oberland. Ihr besonderes Interesse gilt dabei den Auswirkungen der Verrechtlichung kollektiver Verfügung über Land auf die zeitgenössische Landnutzung und Selbstorganisation unter den Teilhabenden. Ihr Vortrag trug den Titel „*Commons vor dem Gesetz. Kollektive Almflächen und ihre Verrechtlichung in Österreich.*“ Lisa Rail studierte Kultur- und Sozialanthropologie an der *Ludwig-Maximilians-Universität München* und der *McGill University* in Montréal. In einem früheren Forschungsprojekt beschäftigte sie sich mit kollektiver Almnutzung und -verwaltung in der Region *Djeti Ögüz* im Nordosten Kirgisistans.

1. Beschreibung der Ausgangslage

In meiner Forschung geht es um kollektive Eigentumsformen von Almflächen und ihre Verrechtlichung in Österreich. Dabei stellt sich zunächst die Frage, welche kollektiven Eigentumsformen es in Österreich gibt und was genau unter Verrechtlichung zu verstehen ist. Als Grundlage sollen ein paar Zahlen angeführt werden. Laut der Almstatistik von 2009 (*Bundesanstalt für Bergbauernfragen 2009:24*), der meines Wissensstands letzten öffentlich zugänglichen Erhebungen zur Almwirtschaft, bei der auch die Eigentumsformen systematisch unterschieden und untersucht wurden, befinden sich ca. 60% aller Almfutterflächen in Österreich in gemeinschaftlichem Eigentum und/oder Nutzung. Das ist also ein substanzieller Anteil. Wenn man sich die absoluten Zahlen anschaut, dann liegt dieser Wert deutlich niedriger: Da sind nur ca. 30% aller Almen in gemeinschaftlichem Eigentum und/oder Nutzung. Der Rückschluss daraus ist, dass vor allem die großen Almen nicht in Privateigentum, sondern in der einen oder anderen Form kollektiv besessen, genutzt und/oder verwaltet sind. Das ist der empirische Ausgangspunkt meiner Forschung: Es gibt bedeutende Landflächen in Österreich, die nicht Privateigentum sind.

Die zweite wichtige Grundlage, um den österreichischen Kontext zu verstehen, ist, dass diese nicht privaten Almen sehr unterschiedlich rechtlich formalisiert sind. Man kann die Eigentumsformen grob in vier Kategorien einteilen.

- (i) *Agrargemeinschaften*: diese Art der Gemeinschaften öffentlichen Rechts ist die am weitesten verbreitete Form des gemeinschaftlichen Eigentums in der Almwirtschaft in Österreich.
- (ii) *Gemeindegut*: diese Almen gehören politischen Gemeinden und werden auch von ihnen verwaltet.

- (iii) *Gemeinschaften privaten Rechts*: solche Almen gehören vor allem Genossenschaften und Vereinen.
- (iv) *Einforstungsrechte*: das ist eine kollektive Nutzungsform von Almen auf Grundlage von im 19. Jahrhundert verbrieften Nutzungsrechten. Das ist eine spezielle habsburgische Rechtsform, die weiterhin Bestand hat.

Daneben gibt es noch viele weitere Unterformen und Namen für kollektive Eigentumsformen. Viele Agrargemeinschaften nennen sich etwa selbst nicht Agrargemeinschaften, sondern z.B. „Nachbarschaften“, „Interessentschaften“ usw. Außerdem gibt es für die verschiedenen Rechtsformen auf Bundesländerebene jeweils abweichende Ausformungen der Rechtslage. Und schließlich gibt es noch ein paar Zwischenfälle, z.B. zwischen Agrargemeinschaften und Gemeindegut.

Wichtig für mein Forschungsinteresse bzw. meinen Ansatzpunkt ist, 1) dass es in der österreichischen Almwirtschaft große Landflächen gibt, die nicht individuelles Privateigentum sind und, 2) dass es eine große Diversität an Rechtsformen gibt, durch die all dieses nicht private Land in die Verwaltung und Rechtsprechung eingebettet ist.

Trotz ihrer Unterschiede habe ich mich entschlossen, die eben genannten verschiedenen kollektiven Rechtsformen im österreichischen Kontext im Englischen als *Commons* zu bezeichnen; auf Deutsch benutze ich den Begriff *Gemeinschaftsgüter* als Überbegriff für diese verschiedenen Arten der gemeinsamen Verfügung über Land.

Die nächste Frage lautet, woher dieser besondere Fokus auf Verrechtlichung stammt. Das ist im Kontext meiner Masterforschung zu verstehen, die ich im Nordosten Kirgisistans durchgeführt habe. Damals hatte ich zur Forschungsfrage, die konkreten Praktiken der kollektiven Weideverwaltung, der Weidenutzung und auch der Zugangsverteilung zu gemeinschaftlichen Almen zu analysieren. Ich kam ziemlich schnell im Zuge meiner teilnehmenden Beobachtung darauf, dass man die Institutionen, Organisationsschritte usw., die vor Ort anzutreffen waren, nur verstehen könne, wenn auch die damals kurz vorher eingeführten rechtlichen und bürokratischen Neuerungen im Weideeigentum miteinbezogen würden.

Darstellung 1: Hoch- und Niederalmen, sowie Büro des Weidekomitees von Tamga, Djeti Ögüz, Yssyk Köl, Kirgisistan 2019



In Kirgisistan waren in der Zeit der Sowjetunion alle Weideflächen, darunter auch die Hochalmen, kollektiviert und in Staatsbesitz. Bewirtschaftet wurden sie von Sowchosen und Kolchosen. In Kirgisistan verblieben die gesamten Bergweideflächen, welche die Hälfte des Landes ausmachen, auch nach der Unabhängigkeit des Landes 1991 in Staatsbesitz. In den ersten beiden Jahrzehnten nach 1991 wurde der Zugang zu diesen Almen relativ lose geregelt: Alle viehhaltenden Personen konnten auf Bezirksebene eine Weidekonzession erwerben konnte, nach dem *first come first serve* Prinzip. Es gab keine Managementorganisation, die sich die Verteilung angeschaut hätte. Das hat zu großen Problemen geführt. Einerseits zur Benachteiligung von ärmeren Viehhalter:innen, oder Menschen mit kleineren Herden, die sich keine eigene Konzession leisten konnten. Außerdem, so wurde mir erzählt, gab viel Korruption. Des Weiteren gab es einen starken Trend, dass die Weiden in den Gunstlagen, z.B. auf dem Bild rechts oben – die grüne, etwas niedriger gelegene Alm – überbestoßen wurden, weil sie leichter zu erreichen waren. Entlegenere, weniger leicht erreichbare Almen, wie die Almflächen auf den beiden unteren Bildern, die auf fast 4.000 Meter liegen, blieben hingegen unterbestoßen. Die beiden abgebildeten Weiden blieben tatsächlich über zehn Jahre überhaupt unbenutzt, da die entsprechenden Weidekonzessionen nicht abgerufen wurden.

Als ich Forschung in den Jahren 2017-2019 durchführte, waren kurz vorher in Kirgisistan die Gemeinden zur Einrichtung von Weidekomitees verpflichtet worden: Jede Gemeinde musste ein Komitee aus lokal gewählten Personen wählen, welches das ökologische und soziale Management der in ihrem Gemeindekreis gelegenen Almen überwachen sollte. Meine Forschung, die mit der Fragestellung nach den Praktiken ihren Ausgang genommen hatte, wurde dann im Wesentlichen eine Beschreibung der der Auswirkungen der Einführung dieser Komitees.

Als ich zwei Jahre später die Fragestellung und das Design meiner Doktorarbeit formulierte, konnte ich schon auf diese Erfahrung zurückgreifen, wie stark rechtliche und administrative Weichenstellungen die Praxis der Almverwaltung und auch der internen Organisation von Almgemeinschaften beeinflussen. Mit diesem Interesse habe ich mich dann an den österreichischen Kontext gewandt und in Hinblick auf die Verrechtlichung und deren Wirkung folgende zwei Forschungsfragen formuliert:

- (i) Was passiert, wenn kollektive Eigentumsformen – Commons – in modernes, liberales Eigentumsrecht und Staatsverwaltung integriert werden?
- (ii) Was sind die konkreten Effekte der Verrechtlichung von Gemeinschaftsgütern?

Was den österreichischen Kontext im Vergleich zu meinen Erfahrungen in Kirgisistan besonders interessant macht, ist einerseits die schon genannte rechtliche Diversität der Commons. In Kirgisistan ist das viel einheitlicher. Es gibt natürlich auch dort lokale Unterschiede, wie die Gemeinden mit den Weidekomitees umgehen, aber die rechtliche Situation ist im ganzen Land die Gleiche. Andererseits ist in Österreich sehr spannend, dass die Verrechtlichung – also nicht nur die Institutionen der Gemeinschaftsgüter, sondern ihre Formalisierungsschritte – eine wesentlich tiefere Geschichte haben. Bei den von mir untersuchten Rechtsformen stammen die heute gültigen Gesetzgebungen, oder auch Urkunden auf denen gemeinschaftliche Nutzung beruht, Großteils aus dem 19. oder vom Anfang des 20. Jahrhunderts. Selbst diese heute gültigen Rechtsformen haben wiederum noch ältere Vorläufer. D.h. als Forscherin habe ich im Kontext Österreichs eine ganz andere historische Tiefe vor mir, wie diese althergebrachten Nutzungen oder gemeinschaftliche Verfügungen über Land, langsam und in Schritten – auch in Auseinandersetzungen – in die heutige Gesetzgebung integriert worden sind.

2. Forschungsmethode

Ich habe vier kollektive Verfügungsformen untersucht, die sich nicht ganz mit den vorhin dargestellten vier Übergruppen decken. Die Auswahl der Almen richtete sich nach ihrer möglichst großen Diversität:

Empirische Kontraste sollten dazu beitragen, die Auswirkungen der verschiedenen Verrechtlichungsschritte besser zu sehen. Dieser qualitative Vergleich hat sich als sehr produktiv erwiesen.

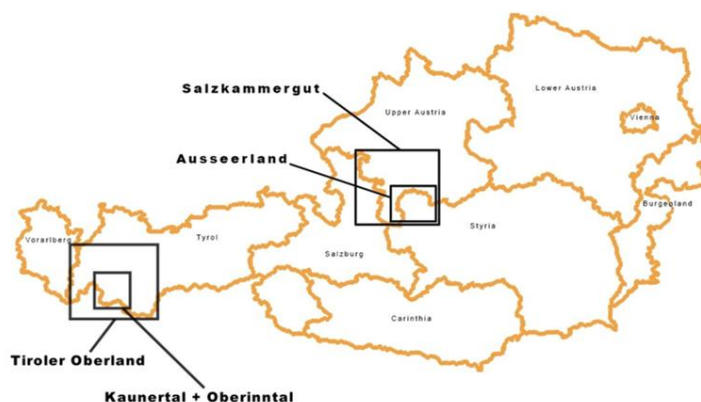
Das erste Fallbeispiel betraf *Einforstungsrechte* im Salzkammergut. Einforstungsrechte werden landläufig oft auch als „Servitute“ bezeichnet. Rechtlich gesehen sind Servitute allerdings etwas anderes. Wie Servitute sind auch Einforstungsrechte Nutzungsrechte, die die Nutzung einer Partei auf dem Land einer anderen Partei regeln, sie können aber – anders als Servitute – nicht verfallen, oder ersessen werden.

Die anderen drei untersuchten Formen finden sich alle im Tiroler Oberland. Das sind einerseits *Agrargemeinschaften*, also Gemeinschaften öffentlichen Rechts mit definierter Mitgliederzahl. In dieser Rechtsform sind die Anteile, Rechte und Pflichten der Mitglieder recht klar definiert und teilweise auch behördlich angemeldet. Weiters wurden *Gemeindegüter* untersucht, d.h. Almen, die Gemeinden gehören, und letztlich auch die rechtlich neue Form der *Gemeindegutsagrargemeinschaften*, welche es nur in Tirol gibt. Wie der Name verrät, sind Gemeindegutsagrargemeinschaften der Struktur nach eine Mischform aus Agrargemeinschaften und Gemeindegut.

Was meine Auswahl der Rechtsformen geleitet hat, sind zwei Faktoren. Einerseits sind dies alles Rechtsformen, die sowohl in der Literatur, als auch von Forschungspartner:innen im Feld auf vorkapitalistische, mittelalterliche Institutionen der Landverfügung zurückgeführt werden. Sie haben entsprechend alle eine substanzielle historische Tiefe. Andererseits gibt es beide „Blöcke“ betreffend – d.h. den thematischen Block Einforstungsrechte, aber auch den Block Agrargemeinschaften, Gemeindegut und Gemeindegutsagrargemeinschaften – relativ rezente gesetzliche Änderungen. Im Tiroler Fall ist das der sogenannte „*Tiroler Agrargemeinschaftsstreit*“. Dabei ging es um Rechtsstreitigkeiten über Land von etwas 250 (von insgesamt ca. 2.000) Tiroler Agrargemeinschaften, das im Zuge der letzten 15 Jahre den jeweils lokalen Gemeinden zurückübergeben wurde. Das Resultat dieser Übertragungen sind die erwähnten Gemeindegutsagrargemeinschaften. Bezüglich der Einforstungsrechte ist am 1.1.2020 ein rahmendes Gesetz auf Bundesebene entfallen. Seitdem gibt es nur noch die Gesetzgebungen auf Länderebene. Bisher scheint dies noch keine großen praktischen Auswirkungen gehabt zu haben, aber es löste viele Sorgen bei den Betroffenen aus, was die rechtliche Stabilität der Einforstungsrechte betrifft.

Zusammengefasst: Ich habe die Rechtsformen so ausgewählt, dass sie älter sind als privateigentümliche Gesetzgebung und dass sie von relativ rezenten rechtlichen Änderungen betroffen waren, um eben deren Auswirkungen zu verfolgen.

Darstellung 2: Untersuchungsregionen



Örtlich habe ich Einforstungsrechte im Salzkammergut beleuchtet, denn im Salzkammergut beruhen Almen fast ausschließlich auf Einforstungsrechten und das Land, auf denen sich diese Einforstungsrechtsalmen befinden, gehört den *Österreichischen Bundesforsten (ÖBf)* bzw. der Republik Österreich. Diese Eigentumsverteilung hat mit der Geschichte des Salzkammerguts als Kammergut zu tun – dazu gleich mehr. Um den Rahmen der ethnografischen Untersuchung nicht zu sprengen, habe ich mich innerhalb der Region auf das *Ausseerland* konzentriert.

Auf der anderen Seite habe ich im Tiroler Oberland das *Kaunertal* und das *Oberinntal* ausgewählt, weil dies eine Region ist, in der auf ähnlich kleinem Raum alle anderen drei Rechtsformen an Gemeinschaftsgütern auffindbar sind.

Den beiden Regionen ist gemein, dass alle Almen ausschließlich Gemeinschaftsgüter – Commons – sind. Es gibt auch Regionen in Österreich, in denen sich private Almen und Gemeinschaftsalmen durchmischen. Eine weitere Ähnlichkeit liegt in der Hofstruktur, die jeweils vorzufinden ist: Die Höfe sind in beiden Regionen zum Großteil kleine und im Nebenerwerb betriebene Höfe mit bewirtschaftetem Grund in Eigentum und/oder Pacht von weniger als zehn Hektar. Ein wesentlicher Unterschied zwischen beiden Regionen ist zum einen die Topografie und das Höhenprofil: Im Tiroler Oberland liegen die Almen wesentlich höher und vor allem über der Baumgrenze, was im Salzkammergut nicht der Fall ist. Ein weiterer wesentlicher Unterschied ist die Milchverarbeitung, die weiterhin auf den Melkalmen im Tiroler Oberland praktiziert wird und dort sehr wichtig ist, während sie im Ausseerland schon vor einigen Jahrzehnten komplett aufgegeben wurde. Ein anderer wichtiger Faktor, der nicht nur mit der Topografie, sondern direkt mit den unterschiedlichen Rechtsformen zu tun hat, ist die Möglichkeit von Almen von der zunehmenden Präsenz des Tourismus zu profitieren und die Almbewirtschaftung so querzufinanzieren.

Geforscht habe ich jeweils von Februar bis Oktober eines Jahres; das Ausseerland habe ich 2022 begleitet, das Kaunertal und Oberinntal 2023. Ich habe in beiden Regionen während des Almbetriebs im Sommer auf jeweils sechs bis acht Almen eine klassische *teilnehmende Beobachtung* gemacht. Ich nahm außerdem, vor allem im Frühling und im Herbst, bei Almversammlungen, Almauf- und -abtrieben, verschiedenen Gemeinschaftsarbeiten (Zäunen, Schwenden, Wegeln), Milchmessungen, Almfesten, Weideverlässen usw. teil. Ich habe Veranstaltungen des Einforstungsverbands – das ist eine Interessensvertretung der Eingeforsteten – aber auch der Österreichischen Bundesforsten und der Agrarbehörden begleitet. Die teilnehmende Beobachtung wurde ergänzt durch *qualitative Interviews* mit Funktionär:innen von Almgemeinschaften, aktiven Almbäuer:innen, inaktiven Almberechtigten, Almpersonal, Bürgermeister:innen und Gemeinderäten, nicht landwirtschaftlich tätigen Dorfbewohner:innen, schließlich aber auch mit Behördenvertreter:innen, Rechtsexpert:innen und Mitarbeiter:innen der Agrarbehörden, Landwirtschaftskammern und der Österreichischen Bundesforste.

3. Vorläufige Ergebnisse und Interpretationen

Meine beiden Forschungsfragen: (i) „Was passiert, wenn kollektive Eigentumsformen in modernes, liberales Eigentumsrecht und Staatsverwaltung integriert werden?“ und (ii) „Was sind die Effekte der Verrechtlichung von Gemeinschaftsgütern?“ möchte ich in meiner Doktorarbeit auf zwei miteinander verwobenen Ebenen behandelt, um damit auch breites und diverses Publikum ansprechen zu können.

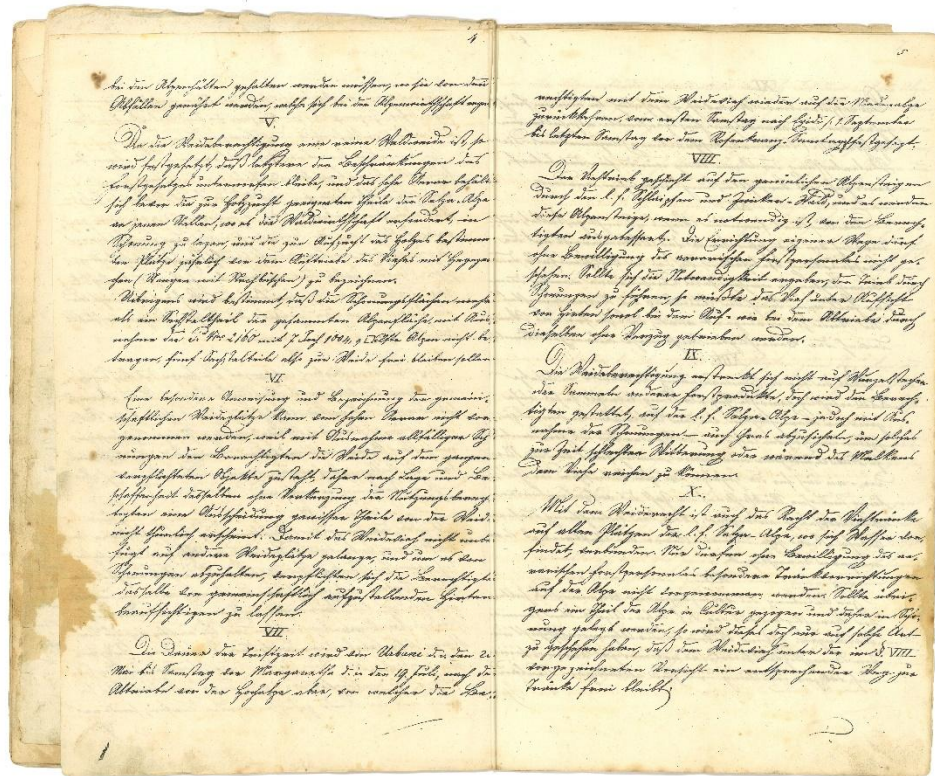
Den Beitrag der Arbeit sehe ich einerseits auf der *praktisch-deskriptiven Ebene*: Ich möchte Antworten auf Fragen anbieten, wie z.B. „Wie beeinflussen die Rechtsformen die Fähigkeit von Almgemeinschaften, auf Klima- und Strukturwandel einzugehen?“, „Wie tragen bestimmte Rechtsformen zur Förderung heutiger Almbewirtschaftung bei und wo stellen sie Hürden dar?“ Das sind ganz praktische Beobachtungen. Daneben möchte ich, auf *theoretischer Ebene*, strukturelle Unterschiede zwischen dem im österreichischen

angestammte Nutzungsrechte an Wald und Weide, die zwischen den Jahren 1853 und 1890 genau erhoben, verhandelt und in auch heute noch gültigen *Regulierungsvergleichen* niedergeschrieben wurden. Diese Vergleiche regeln Rechte und Pflichten zwischen Eigentümer:innen und den Nutzungsberechtigten jeweils einzeln. D.h. auch, dass sich die Gemeinschaft auf jeder Alm nur sekundär ergibt, nämlich dadurch, wenn mehrere Eingeforstete auf der gleichen Almfläche eingeforstet sind. Die Almgemeinschaft konstituiert sich informell aus den Leuten bzw. Liegenschaften, die auf der gleichen Fläche Almrechte haben – sie bilden keine rechtlich anerkannte Körperschaft. In den Regulierungsvergleichen sind die Nutzungen sehr genau festgelegt: Das betrifft die Anzahl und Art der zu sommernden Tiere, es betrifft ein je genau festgelegtes Auftriebs- und Abtriebsdatum, es betrifft Hüttenbaurechte inklusive genauer Bauvorschriften, es betrifft Wasser- und Wegerechte usw. Sehr wichtig ist dabei, dass was nach diesen Rechten nicht explizit erlaubt ist, auch nicht gestattet ist. Das bedeutet etwa, das z.B. 1860 noch nicht so relevant war, wie der Getränkeausschank an Wander:innen und Tourist:innen, für Almnutzer:innen bis heute nicht gestattet ist. Verboten ist auch die Aufnahme von Fremdvieh. Es darf nur das Vieh der berechtigten Liegenschaften aufgetrieben werden und kein anderes. Weiters wichtig ist, dass die Ausstellung von Einforstungsrechten in den 1890ern beendet wurde. Seitdem werden keine neuen Rechte mehr ausgestellt. Bestehende Rechte können nicht erweitert, aber sie können aufgelöst werden, wenn sie an die Landeigentümer:innen abgelöst, sprich: zurück verkauft, werden. Aber dann erlöschen sie für immer. Einforstungsrechte können dementsprechend nicht mehr werden, sie können nur weniger werden und das passiert auch.

Die Konsequenzen, die sich aus all dem ergeben, sind verschieden. Zum einen konstituieren sich die Almgemeinschaften wie gesagt nur informell und freiwillig. Die gewählte Obperson, die im Salzkammergut *Almherr* oder *Almherrin* genannt wird, haftet bei Entscheidungen – Förderanträgen usw. – als Privatperson. Aus der Informalität ergibt sich auch, dass niemand der Berechtigten verpflichtet werden kann, sich an der aktiven Almerhaltung zu beteiligen. In der Regel beschränken sich die informellen Almkollektive im Salzkammergut auf die aktiven Nutzer:innen und nur diese helfen dann bei Schwendaktionen mit, oder nur diese tragen die Lohnkosten für einen Hirten, oder einer Hirtin. Inaktive Mitglieder, die mit der Landwirtschaft aufhören, fallen aus diesem Pool an Arbeitskraft weg. Ebenso fehlen dann auch einfach die Tiere, weil eben kein Fremdvieh aufgetrieben werden kann. Im Salzkammergut sind die Alpen sehr stark davon betroffen, dass immer weniger Tiere aufgetrieben werden, dass es infolgedessen zu Unterbestoßung kommt und gleichzeitig bei Schwendaktionen immer weniger Menschen helfen können. Viele der Alpen kämpfen entsprechend mit Verbuschung. Gleichzeitig schrumpft die Verhandlungsmacht der Almgemeinschaften gegenüber den ÖBf, je kleiner die Almkollektive werden.

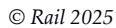
Ein weiteres Problem, das schon angeklungen ist, sind die Starrheit und das Alter der Regulierungsvergleiche. Die folgende Darstellung zeigt einen gültigen Regulierungsvergleich aus dem Jahr 1864. Da in diesen Vergleichen z.B. ein genaues Auftriebsdatum festgelegt ist, sich aber durch den Klimawandel die Vegetationsperiode und das Wasserangebot verschoben haben, passen die Auftriebs- und Abtriebsdaten nicht mehr mit den Gegebenheiten auf der Alm zusammen.

Darstellung 4: Regulierungsvergleich von 1864, Salzkammergut (2024)



© Rail 2025

Meiner Erfahrung nach handeln sich die Almbauern und Almbäuerinnen zwar mit den Förster:innen aus, dass sie früher hinaufgehen können. Aber es wird ihnen nicht gestattet, länger zu bleiben, wenn sich die Vegetationsperiode insgesamt ausdehnt. Diese informellen Abmachungen geben den Förster:innen dann außerdem einen Hebel in den Verhandlungen zur Hand, dass sie z.B. andere Sachen verbieten, die auf der Alm gemacht werden, indem sie den Bauern und Bäuerinnen sagen: „wir sind Euch eh schon mit dem Auftriebsdatum entgegengekommen“. Da die Vergleiche so alt sind und entsprechend auch alte Bauvorschriften haben, wird durch diese Bauvorschriften für die Hütten unterbunden, dass heute noch gut Milch verarbeitet werden kann: In den Hütten, die von den Almbauern und Almbäuerinnen gebaut werden dürften, kann keine Sennereinfrastruktur errichtet werden, in der nach heutigen Standards Milch verarbeitet werden könnte. Ebenso wenig könnten auf den Einforstungsrechten Gasträume gebaut werden, ganz abgesehen davon, dass der Ausschank gegen Geld an Tourist:innen ohnehin nicht gestattet – sprich: verboten – ist, weil die Einforstungsrechte rein die Almwirtschaft betreffende Zugeständnisse erlauben. Im Ausseerland stehen die Almen also vor ziemlich großen Problemen. Es gibt schrumpfende Almkollektive, zunehmende Unterbestoßung, die Almgemeinschaften haben wenig Geld zur Verfügung, dementsprechend sind die Personallöhne gering. Viele Almgemeinschaften im Ausseerland haben die meiner Meinung nach berechtigte Sorge, dass sich ihre Almen in den nächsten ein oder zwei Generationen ganz auflösen könnten, da es keinen Mechanismus gibt, die Almgemeinschaft zusammenzuhalten, wenn Höfe schließen.



Ein Vorteil dieser Konstruktion im Vergleich zu den Einförstungsrechten ist, dass die inaktiven Mitglieder zwar vielleicht eine Gefahr für die Mehrheitsverhältnisse, oder für die Interessen der aktiven innerhalb der Gemeinschaft darstellen, sie der Alm aber nicht „verloren“ gehen. Inaktive Mitglieder bleiben weiter

als Mitzahler:innen erhalten und auch als Mitglieder, die Arbeitsleistungen tätigen müssen – verschwinden nicht einfach wie im Salzkammergut, sobald sie die Hoftüren schließen, oder den Almauftrieb sein lassen. Weiters wichtig für die Agrargemeinschaften – auch im Unterschied zu den Einforstungsrechten – ist, dass Querfinanzierungen getätigt werden können, wenn es Einnahmen aus Jagd, Schitourismus, etc. gibt. Diese Möglichkeit ist aber von Fall zu Fall sehr unterschiedlich ausgestaltet.

Darstellung 6: Sennerei der Alpe Komperdell und der Kobler Alm, Tiroler Oberland (2023)



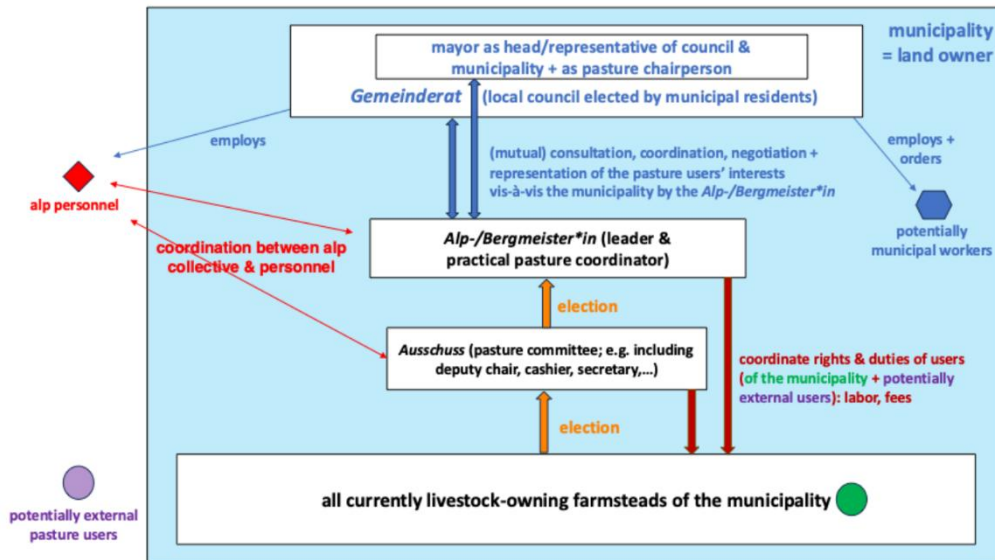
© Rail 2025

Die *Alpe Komperdell** im Tiroler Oberland ist sehr bekannt für die sehr moderne, gute Ausstattung ihrer Sennerei und hohe Personallöhne. Dahinter stehen mehrere Schilifte und ein riesiges Sommer- und Wintertourismusgebiet, das erlaubt, Einnahmen zu generieren, mit denen dann die Alm querfinanziert werden kann.

Hinter dem nächsten Bergkamm liegt eine andere Agrargemeinschaftsalm, die *Kobler Alm*, die keinerlei solcher nicht-agrarischer Einkünfte von ihrer Almfläche hat. Die *Kobler Alm* hat nur 13 Mitglieder, die eigentlich dringend die Sennerei sanieren müssten. Sie können aber das Geld nicht aufstellen und sie schaffen es eigentlich auch nicht, kompetitive Löhne zu zahlen. Daher sind sie auf Verwandte angewiesen, die die Alm im Sommer betreiben. Beides sind Agrargemeinschaften, aber die Beispiele zeigen, wie unterschiedlich deren finanzielle Ausstattung sein kann. Anders als bei den Einforstungsrechten gibt es aber wie gesagt immerhin die Möglichkeit einer Querfinanzierung: Bei Einforstungsrechtsalmen fließen Einkünfte aus der Almfläche wie Jagd- und Liftpachten nicht an die Almbauern und -bäuerinnen, sondern an die Landeigentümer:innen.

* Komperdell weicht von dem im Organigramm dargestellten Ideal einer Agrargemeinschaft etwas ab, da die Berechtigten zwar eine Agrargemeinschaft bilden, die Almweidefläche allerdings der lokalen Gemeinde gehört. Die Geldflüsse ähneln hingegen jenen anderer Agrargemeinschaften.

Darstellung 7: Organigramm Gemeindegut



© Rail 2025

Bei *Gemeindegutsalmen* gehören die Almen den politischen Gemeinden. In der Regel werden die Almen in dieser Rechtsform von zwei Gremien verwaltet: Einerseits, auf gesamter Gemeindeebene, durch den gewählte *Gemeinderat* und andererseits durch noch ein zweites Gremium, den *Almausschuss*, der nur die betroffenen Dorfbewohner:innen einschließt. Der Almausschuss wird von allen aktuell viehhaltenden Dorfbewohner:innen gewählt, also von allen, die ein konkretes Interesse an der landwirtschaftlichen Nutzung der Gemeindealmen haben. Dieses zweite Gremium hat zwar nicht die endgültige Entscheidungsmacht über die Almen, aber leistet im Austausch mit dem Gemeinderat Interessensvertretung und Beratung und übernimmt teilweise auch die notwendigen Arbeiten auf der Alm selbst. Größere Investitionen – wie Renovierungen oder Sanierungen der Sennerei, aber auch der Großteil der Lohnkosten – werden hingegen nicht von den Nutzer:innen getätigt, sondern von der Gemeinde getragen. Die Nutzer:innen machen nur kleinere Beiträge. Wenn es aber andererseits Einnahmen von den Almfläche gibt, wie Jagd- und Schilftpachten, gehen diese auch nicht an die Nutzer:innen, sondern in das allgemeine Gemeindebudget, von dem die Alm ja finanziert wird.

Interessant sind bei dieser Eigentumsform zwei Tatsachen. Erstens ist das Gemeindegut die einzige kollektive Verfügungsform, in der Mitgliedschaft offen und flexibel bedarfsorientiert ist. Wer einerseits mit der Viehhaltung in einem Dorf mit Gemeindegutsalm beginnt, der/die kann die Alm nutzen und mitgestalten. Sobald man mit der Almwirtschaft bzw. mit der Viehhaltung aufhört, verliert man diesen Anspruch. Andererseits gilt auf der Gemeindeebene, dass wer in der Gemeinde Einwohner:in ist, über die Wahl des Gemeinderates ein Mitentscheidungsrecht über die Alm hat und wer wegzieht, dieses wieder verliert. D.h., Mitgliedschaft und das Recht zur Mitgestaltung und Nutzung sind immer kontextgebunden und nicht so starr festgelegt wie z.B. in einer Regulierungsurkunde bei Einforstungsrechten, oder wie bei der Regulierung einer Agrargemeinschaft. Das zweite Merkmal ist, dass bei den Gemeindegutsalmen interessanterweise nicht (nur) der direkt ökonomisch messbare landwirtschaftliche Wert der Alm, bzw. ihre Rentabilität, in die Entscheidung einfließt, ob die Alm erhalten werden soll, sondern auch andere Faktoren miteinbezogen werden können. Denn Gemeindegutsalmen müssen sich nicht direkt innerhalb der Fläche rechnen: Die Gemeinden nehmen öffentliches Geld, um die Almen zu erhalten. Möglicherweise kriegen sie zwar auch Geld von der gleichen Almfläche zurück, das müssen sie aber nicht gegenrechnen – die Almerhaltung muss sich nur im Globalbudget der Gemeinde ausgehen und es ist

dementsprechend eine direkt politische – nicht nur eine ökonomische – Entscheidung, ob und wie viel man in die Alm investieren möchte. Man könnte, aber man muss nicht z.B. Jagdeinnahmen gegen die Sennlöhne gegenrechnen. Das machen nach meiner Erfahrung die Gemeinden auch nicht. Die schauen sich das eher allgemein an, ob und in welchem Maße sich die Erhaltung und Verbesserung ihrer Alm ausgeht. Dementsprechend spielen auf einmal andere Faktoren bei diesen politischen Entscheidungen eine wichtige Rolle: Ein Bürgermeister oder ein Gemeinderat kann der Meinung sein, dass der Wert der Alm nicht darin liegt, dass sie sich rechnet, sondern vielmehr in der Landschaftspflege, im Lawinenschutz oder dem touristischen Wert der schönen Landschaft. Er oder sie kann deswegen entscheiden und gegenüber der Gemeinde vertreten, dass öffentliches Geld in die Alm gesteckt werden soll. Das geht halt nur so lange, als dass eine demokratische Mehrheit im Dorf das auch mitträgt.

Wichtig ist mir dabei vor allem, dass öffentliches Geld auch auf Grundlage von nicht direkt ökonomischer Wertschätzung der Alm ausgegeben werden kann. Dementsprechend sind bei Gemeindegutsalmen Überzeugungsarbeit und die diskursive Wertschätzung der Almen besonders wichtig. Die ist auch bei den anderen Rechtsformen nicht abwesend: Es gibt durchaus inaktive Mitglieder bei Agrargemeinschaften oder auf Einforstungsrechtsalmen, die weiterhin einen finanziellen Beitrag leisten oder bei Schwendaktionen mithelfen, weil sie das aus persönlicher Überzeugung oder Identifikation noch gut finden. Der entscheidende Unterschied zu Gemeindegutsalmen liegt dabei aber darin, dass bei Agrargemeinschaften und Einforstungsrechten hinter der nicht-ökonomischen Wertschätzung kein Geldtopf steckt. Bei einer Gemeinde kann durch Überzeugungsarbeit, oder durch die gemeinsame politische Einigung auf den Wert der Alm, auch Geld in die Alm gesteckt werden.

Im zweiten Kapitel meiner Doktorarbeit versuche ich herauszuarbeiten, inwieweit durch die jeweilige Ausgestaltung der Rechtsformen, die Kreise jeden, die von der Alm profitieren, und jener, die die Alm erhalten, überlappen oder auseinanderdriften. Bei Einforstungsrechten und Agrargemeinschaften lässt sich meiner Meinung nach beobachten, dass der Kreis der Menschen, welche die Arbeiten zur Erhaltung der Alm durchführen und die Investitionen leisten, weniger deckungsgleich ist mit jenem, welche von der Alm profitieren, als beim Gemeindegut. Beim Gemeindegut kann die ganze Dorfgemeinschaft in die Entscheidung miteinbezogen werden, ob öffentliches Geld – das ja immer auch für andere Leistungen ausgegeben werden könnte – in die Alm fließen soll, weil alle, die z.B. im Tourismus arbeiten oder Zimmer vermieten, ja von der schönen Almlandschaft profitieren. Hier kommen Rechte und Pflichten, Beitrag und Vorteil, mehr zur Deckung – eine Beobachtung, die auch für die ganz praktische Beratung von Almen interessant sein könnte.

4. Theoretische Folgerungen

Im letzten Abschnitt möchte ich noch über die theoretischen Schlussfolgerungen aus meiner ethnografischen Arbeit berichten, die ich gerade formuliere. Ich möchte zwei ethnografische Beobachtungen teilen und dann zeigen, wie ich diese mit Commons- und Eigentumstheorien erklären möchte. Die erste ist die wiederkehrende Beobachtung, dass in beiden Feldforschungsfeldern, sowohl Almbauern und Almbäuerinnen, als auch Rechtsexpert:innen und Behördenvertreter:innen immer wieder die gemeinschaftlichen Almen als „*besonders komplexe*“ bzw. „*spezielle*“ Rechtskonstrukte bezeichnen, und die Rechtsnatur ihres Eigentumscharakters als „*doppelt*“ bzw. „*gemischt*“ benennen. Das ist besonders deutlich im Ausseerland, wo Bauern und Bäuerinnen einerseits regelmäßig (und gerne ein bisschen empört) über ihre Rechte sagen, dass sie „*leider nur Nutzungsrechte sind und kein richtiges Eigentum*“ und gleichzeitig wird oft im selben Satz der Unterhaltung betont, dass diese Nutzungsrechte aber „*fast wie ein Eigentum sind und mit der gleichen rechtlichen Absicherung behandelt werden sollten*.“ Es wird oft von den Bauern und Bäuerinnen, die eine Alm nutzen, betont, dass sie sie „*als ihre eigenen Almen*“ wahrnehmen. Es wird dann einfach beiseitegeschoben, dass das Land zwar vielleicht den ÖBf gehöre. Das sei aber nicht

relevant, da es ja „unsere *Alm* ist“. Ich begegnete also immer wieder diesen scheinbar widersprüchlichen Bewertungen, ob und inwiefern Einforstungsrechte nun Eigentum seien oder nicht. Diese finden sich, wie gesagt, nicht nur in alltäglichen Unterhaltungen, sondern auch in rechtswissenschaftlichen Texten (siehe Holzer 2013).

Die zweite wiederkehrende Beobachtung ist, dass in beiden Feldforschungsregionen, trotz der sehr unterschiedlichen Rechtsformen, die Frage der Legitimität, d.h. die Frage wem das Land gehört und gehören *sollte*, nie weit unter der Oberfläche schlummert und immer wieder konfliktiv aufbricht. Im Salzkammergut gibt es Streitigkeiten, bzw. widersprüchliche Geschichtserzählungen, zwischen Bauern und Bäuerinnen und den Vertreter:innen der ÖBf. Bauern und Bäuerinnen erzählen die Geschichte so, dass die Bauern und Bäuerinnen schon immer das Land gemeinschaftlich genutzt hätten, bis dann das Salzkammergut zum Kammergut und dem Salinenärar unterstellt wurde. Im Zuge dieses Prozesses seien den Bauern und Bäuerinnen nur noch Nutzungen an dem Land überlassen worden, über das sie zuvor voll(er) verfügt hätten. Historisch viel tiefer sei also die Nutzung durch die Bauern und Bäuerinnen, weshalb das Land heute *eigentlich* ihnen gehören solle – es sei ihnen aber nie zurückgegeben worden. Die Vertreter:innen der ÖBf und die Förster:innen auf lokaler Ebene erzählen die Geschichte andersherum: Sie sagen, dass die Bauern und Bäuerinnen das Land immer schon *nur genutzt* und nie ein Eigentum daran gehabt hätten. Das erste wirkliche Eigentum habe das fürstliche Obereigentum dargestellt und die Republik Österreich sei dessen legitime Rechtsnachfolgerin.

In Tirol gab und gibt es den bereits erwähnten *Agrargemeinschaftsstreit*. Dabei geht es um ähnliche definitorische Fragen, was Eigentum sei bzw. wer legitime:r Rechtsnachfolger:in der alten Institution der Gemeindeländereien sei. Dabei geht es darum, wer die korrekte Nachfolge der alten „*Gmoa (Gemein)*“ ist. Sind das nur die alteingesessenen Bauern und Bäuerinnen, deren Vorfahren schon lange dort wohnen und das Land bearbeiten, oder ist das heute die moderne Gemeinde, an der alle Einwohner:innen gleichermaßen beteiligt sind? Als ab 2008 ca. 250 Agrargemeinschaften den Gemeinden als Gemeindegutsagrargemeinschaften rückübertragen wurden, argumentieren Vertreter:innen der Agrargemeinschaften, dass dies eine „*Enteignung der Agrargemeinschaften*“ sei, weil die Alteingesessenen die eigentlichen Nachfolger:innen der alten *Gmoa* seien. Die Vertreter:innen der Gemeinde argumentieren hingegen, dass die moderne Gemeinde die korrekte Rechtsnachfolgerin sei.

Ich möchte diese Beobachtungen in meiner Doktorarbeit mit folgender These interpretieren und argumentieren: Wenn prä-kapitalistische, nicht private Verfügungsformen über Dinge und Land in modernes, liberales Eigentumsrecht und Staatsverwaltung integriert werden, stellen sich *strukturell* Reibung, definitorische Verwirrung und Legitimitätshinterfragung ein.

Die beschriebenen, scheinbaren Widersprüche und nicht beigelegten Streitigkeiten sind nach meiner Interpretation also nicht zufällig, sondern erklärbar aus den strukturellen Unterschieden zwischen dem Ideal des modernen Privateigentums – wie es auch im österreichischen Recht und in der österreichischen Verwaltung verankert ist – und den Praxen der kollektiven Verfügung über Land auf den Gemeinschaftsalmen. Privateigentum ist ein abstraktes, im Idealfall möglichst absolutes, vor allem individuelles und ganz genau zuordenbares Verfügungsrecht über Dinge. Es setzt außerdem ein souveränes, möglichst nicht sozial oder politisch gebundenes Subjekt voraus, freie Veräußerbarkeit und durch staatliche Institutionen geschützte Eigentumsrechte. Viele dieser Faktoren sind aber einfach auf gemeinschaftlich verwalteten Alpen nicht gegeben: Bei den verschiedenen von mir untersuchten Rechtsformen ist das nicht der Fall. Ich würde argumentieren, dass auf einer gemeinschaftlichen Alm der Anspruch auf die Anteile immer *orts-, nutzwert- und personengebunden* und nicht abstrakt veräußerbar sind. Außerdem ist Verfügungsmacht nie individuell-absolut, sondern immer geteilt und diese Verfügung über die Werte der Alm setzt Kooperationen und Aushandlungsprozesse strukturell voraus. Eigentum an Gemeinschaftsgütern ist nicht abgeschlossen bzw. liegt nicht bei sozial unabhängigen Subjekten, sondern

wird – ganz im Gegenteil – konstituiert durch die fortwährende Navigation von Interessenskonflikten, Beziehungen und auch konkreten ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen, die sich ständig ändern. Egal ob Anteilsrechte vorliegen oder „nur“ Nutzungsrecht (und kein Teileigentum im engeren Sinn, wie bei den Einförstungsrechten), in den Commons ist die Verwaltung der gemeinsamen Güter immer auf eine gewisse Art und Weise sozialisiert. Das widerspricht sehr stark dem Ideal des Privateigentums.

Durch moderne Verrechtlichung werden Gemeinschaftsgüter durchaus dem Privateigentum ähnlicher und damit auch verwaltbarer gemacht. Es werden Grenzen und Ausmaß definiert, in Regulierungsurkunden niedergeschrieben, in Katasterkarten eingetragen usw. Es werden Mitgliedschaft, Rechte und Pflichten durch staatliche Behörden abgesegnet und teilweise auch vor Gerichten einklagbar. Gemeinschaftsgüter nehmen also einzelne Eigenschaften von Privateigentum an, aber sie reichen trotzdem nie an das Ideal des Privateigentums heran. Ich möchte argumentieren, dass man aus dieser Differenz die kategorische Verwirrung über die im wahrsten Sinne des Wortes „Eigentümlichkeit“ der Gemeinschaftsgüter erklären kann. Auch die widersprüchlichen Geschichtsmobilisierungen in Bezug auf die Legitimitätsfragen lassen sich so interpretieren. Je nachdem, welche Definition von Eigentum man anwendet, wenn man die Geschichte betrachtet – ob eine engere Definition von Eigentum, die nur Privateigentum als richtiges Eigentum sieht, oder eine weitere Definition von Eigentum, die auch präkapitalistische Verfügungsformen als eine Art von Eigentum betrachtet – kann man den Ursprung der Eigentumsverteilung der Almen an anderen Phänomenen festmachen und auch zu sehr unterschiedlichen Rechtsnachfolgekette kommen. Mir geht es nicht so sehr darum, wenn ich diese Geschichtsmobilisierungen betrachte, wer Recht hat. Ich argumentiere vielmehr, dass man diese Widersprüche nicht auflösen *kann*, weil sie einfach auf so unterschiedlichen Epistemen beruhen, was Eigentum eigentlich ist. Ich konnte ethnografisch beobachten, dass dies bei Gemeinschaftsalmen in Österreich, die in modernes Recht integriert sind, immer wieder zum Vorschein kommt.

Für meine Doktorarbeit habe ich zum Thema der Legitimationsfrage und der Geschichtsmobilisierung noch zwei weitere Kapitel geplant. Ein Kapitel wird sich direkt diesen verschiedenen Mobilisierungen von Geschichte und Legitimitätsstreitigkeiten um die *Commons* widmen, ein weiteres wird sich mit der historischen Dimension beschäftigen, d.h. wie die Verrechtlichung in umkämpften Prozessen vollzogen wurde, aber auch welche Auswirkungen diese weit zurückreichende Geschichte für heute hat.

Diskussion

M. Fischer (Landwirtschaftskammer Österreich, Österreichischer Almwirtschaftsverein): Ich bin sehr froh, dass man sich dem sehr komplexen Thema der Gemeinschaftsalmen und Servitutsalmen auch wissenschaftlich nähert. Es gibt meiner Meinung nach auch neuere Zahlen zu den Besitzverhältnissen. Wir haben das 2019 von der *Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und Bergbauernfragen* neu auswerten lassen. Das könnte für die Arbeit vielleicht bedeutend sein, wenn es neuere Zahlen gäbe. Es gibt meiner Meinung nach zu diesem komplexen Thema, das hier sehr gut aufbereitet wurde, zu wenig Forschung. Keine Alm ist wie die andere. Es gibt überall individuelle Voraussetzungen, sei es nun rechtlich, sei es persönlich, sei es in der Bewirtschaftung. Wie wurde die Feldforschung durchgeführt? Wer wurde da befragt?

Rail: Vielen Dank für die Zahlen. Das ist sehr hilfreich. Ich werde mir auf jedem Fall die neuen Zahlen anschauen.[†] Bei den Interviewpartner: innen lag der Fokus eher im Bereich der Almen selber, d.h. bei den

[†] Anmerkung durch die Referentin: In der Broschüre „Almwirtschaftliches Basiswissen 2020“ das LFI und des Almwirtschaftsvereins Österreich (<https://www.almwirtschaft.com/services/fachunterlagen-zur-almwirtschaft/>) findet sich auf S. 32 neuere Daten von 2018 bzgl. der Eigentumsverhältnisse an Almen. Allerdings wird z.B. nicht zwischen direkt betroffenen Nutzer:innen und lokalen Akteur:innen, wie Bürgermeister:innen und Förster:innen unterschieden.

Im Bereich der Expert:inneninterviews habe ich in Tirol auf der Agrarbehörde mit dem Almbeauftragten und verschiedenen Leuten von der Agrarrechtsabteilung gesprochen. In der Steiermark war das ebenso. Dazu kamen Rechtsexpert:innen vom *Einforstungsverband* und den *Österreichischen Bundesforsten*.

Pukall (Technische Universität München, Lehrstuhl für Wald- und Umweltpolitik): In Bayern gibt es etwas ähnliches wie Einforstungsrechte, wobei wir da noch einmal zwischen den gemessenen und ungemessenen Rechten unterscheiden. Der Fall, den Sie vorgestellt haben, ist gemessenes Recht in Form eines abgeschlossenen Vertrages. Sie haben darüber gesprochen, wie unflexibel derzeit dort agiert wird. Was wir merken, ist, wir haben im Prinzip in Bayern das *Forstrechtgesetz* dazu, welches aber sehr häufig nicht angewandt wird, sodass wir heute sehr häufig privatrechtliche Verträge abschließen, um das Recht der neuen Situation anzupassen. Wobei da die Strategie ist, nur noch mit den aktiven Auftreibern den privatrechtlichen Vertrag zu schließen. Die Inaktiven haben da auch überhaupt kein Interesse, das zu verändern. Sind Ihnen gerade im Fall der Steiermark solche Lösungen begegnet? Sie meinten ja, dass es da private Absprachen mit den Revierförstern gegeben hat. Gibt es da diese Strategie, die Auftriebszeiten, Auflagen bei der Almbewirtschaftung usw. privatrechtlich der aktuellen Situation anzupassen?

Rail: Es gibt Strategien. Dabei sind die *Österreichischen Bundesforste* ein wichtiger Akteur. Es gibt regelmäßigen Austausch zwischen dem *Einforstungsverband*, das ist die institutionalisierte Interessensgemeinschaft der Eingeforsteten, und den *Österreichischen Bundesforsten*. Die beiden Parteien haben ein Übereinkommensheft, in den Richtlinien zur zeitgemäßen Auslegung festgehalten sind. Es gibt da aber die Einschränkung, dass all das immer Verhandlungssache ist, und dass die *Österreichischen Bundesforste* ein sehr starker Player sind. Ich würde das so beschreiben, dass es zwar diese Aushandlungen gibt – es wurde mir auch oft in Interviews mitgeteilt, dass das Verhältnis zwischen den Eingeforsteten und den *Österreichischen Bundesforsten* kollegialer geworden ist und weniger konfrontativ als vor einigen Jahrzehnten – aber man darf nicht unterschätzen, dass die *Österreichischen Bundesforste* z.B. über ein substanzielles Budget verfügen, mit dem Rechte abgelöst werden können, und ihnen der Strukturwandel von selber in die Hände spielt. Die *Österreichischen Bundesforste* haben nämlich schon ein Interesse, dass Rechte aufgelöst werden. Damit haben sie dann weniger „Belastung“, wie sie das nennen. Dementsprechend macht man zwar Absprachen, es steht aber ein Machtungleichgewicht dahinter.

Gleichzeitig muss man sagen, dass es auch Einforstungsrechte auf Land gibt, das nicht den *Österreichischen Bundesforsten* gehört. Etwa 20% der Einforstungsrechte betrifft das. Da ergeht es den Eingeforsteten nach Erzählungen oft noch schwieriger, weil es nicht einmal institutionalisierte Gremien des Austausches und der Angleichung gibt. Ich erwähnte auch den Wegfall des *Wald- und Weidenutzungs-Grundsatzgesetzes* (BGBl. Nr. 103/1951) auf Bundesebene mit 01.01.2020. Dieses Rahmengesetz hatte den Rechtsgegenstand der Einforstungsrechte grob geregelt. Daneben gab es vorher schon die Ausführungsgesetze auf Länderebene – jetzt gibt es nur noch die Landesgesetzgebungen. Das wird einerseits von den *Österreichischen Bundesforsten* und dem *Einforstungsverband* mit Sorge betrachtet, weil sie Angst haben, dass wenn auf Länderebene die Rechtsituation zu sehr auseinanderklafft, dass dann ihre Abmachungskataloge nicht mehr so gut greifen. Gleichzeitig gibt es die Sorge, dass die Einforstungsrechte nun rechtlich angreifbarer sind. Es gibt natürlich aber auch die Hoffnung, dass die

Außerdem bietet die Tabelle, anders als die Almstatistik von 2009

(<https://gruenerbericht.at/cm4/jdownload/download/37-almstatistik/415-almstatistik-2009>), nur die Verteilung in absoluten Zahlen, nicht die Flächenverteilung nach Eigentumsform. Dafür bietet die Broschüre eine geografische Gliederung nach Regionen. Außerdem bietet die Tabelle, anders als die Almstatistik von 2009

(<https://gruenerbericht.at/cm4/jdownload/download/37-almstatistik/415-almstatistik-2009>), nur die Verteilung in absoluten Zahlen, nicht die Flächenverteilung nach Eigentumsform. Dafür bietet die Broschüre eine geografische Gliederung nach Regionen.

Einforstungsrechte leichter gestärkt oder geändert werden könnten hin zu einer zeitgemäßen Auslegung. Ich glaube, dass es noch zu früh ist, um das zu beurteilen. Ich habe in einem Interview gehört, dass in Kärnten die Umrechnung der Vieheinheiten und der Ansprüche der Eingeforsteten mehr zugunsten der Eingeforsteten betrieben wird, was auch erst durch den Wegfall dieses Grundsatzgesetzes leichter möglich wurde. Das sind einige Antworten auf die Frage, wo Schraubstellen für eine Anpassung der Einforstungsrechte sind.

Langthaler (Universität Linz, Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte): Als Historiker interessiere ich mich naturgemäß für die historische Einordnung dieser ethnografischen Arbeit. In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, dass es da eine klassische Studie zu den österreichischen Besitzverhältnissen im Alpenraum gibt, nämlich *Otto Bauers „Der Kampf um Wald und Weide“* (2024 [1925]). Sie haben ja das Buch im Vorjahr neu herausgegeben und mit einer aktualisierten Einleitung versehen. In welchem Verhältnis stehen da Ihre vorläufigen Ergebnisse zu dem Befund von *Otto Bauer*, der ja bis weit ins Mittelalter zurückreicht? Inwiefern können Sie gewisse Aspekte bestätigen, die er nennt? Inwieweit gehen Sie über seine Befunde hinaus und inwieweit treten Sie auch in Widerspruch zu dem, was *Otto Bauer* da vor ungefähr hundert Jahren festgestellt hat?

Rail: Zur Herausgeberinnenschaft dieses Buch bin ich durch meine Doktorarbeit gekommen, da ich es als Quelle gelesen habe und spannend fand. Das ist wirklich ein sehr ausführliches Werk. Ich benutze es teilweise vorsichtig als Quelle, aber ich sehe es auch innerhalb des genannten Spektrums situiert, wie unterschiedlich man Geschichte anhand von verschiedenen Eigentumsdefinitionen zurückverfolgen kann. Bei *Otto Bauer* zeichnet in seinem Buch nach, dass Privateigentum oder einer dem Privateigentum ähnlichen Verfügung über Land ganz anders funktioniert als die Verfügungen über Land im feudalistischen Österreich. Dementsprechend würde er wahrscheinlich den Erzählungen der Förster:innen der Österreichischen Bundesforste widersprechen, die sagen, dass erst das fürstliche Obereigentum ein eigentliches Eigentum und dementsprechend die Grundlage der korrekten Rechtsnachfolge wäre. Vielmehr würde er sagen, dass man das nicht so übertragen kann, da es im 13.-15. Jahrhundert ganz andere Eigentumsverhältnisse gab. Ich würde ihn auch als Beispiel nennen, wie man Eigentum unterschiedlich historisch zurückverfolgen kann, je nachdem welche Definition man anwendet: Ich lese ihn als Quelle, die liberales Privateigentum eben nicht als Kernstück des Eigentums voraussetzt, sondern dieses als marxistischer Theoretiker hinterfragt. Das ist eines der möglichen Episteme, wie man die Geschichte erzählen kann. So würde ich ihn dann auch in dem einen Kapitel zu Legitimitätsfragen benutzen.

M. Fischer: Das Thema Jagd ist in dem Vortrag eher wenig vorgekommen. Sie haben ja angesprochen, dass das nicht nur die Österreichischen Bundesforst betrifft. Es sind ja viele andere Großgrundbesitzer auch wichtige Player, wo es diverse Rechte von Almbauern und Almbäuerinnen gibt. Da spielt oft die Jagd eine sehr wichtige und große Rolle. Insbesondere führt das auch häufig zu Konflikten, wenn es um Almauftriebszeitpunkte und vor allem Almabtriebszeitpunkte geht. Der Klimawandel verändert diese ja sehr stark. Diese alten Auftriebszeitpunkte, die in diversen Rechtsurkunden niedergeschrieben sind, die sind einfach überhaupt nicht mehr zeitgemäß. Teilweise beharrt man aber weiterhin darauf, insbesondere bei den strengen Abtriebszeiten, die oft schon Mitte-Ende August sind, wo man aber noch ein Monat oder länger auf der Alm oben bleiben könnte. Man beharrt darauf, weil die Jagd für jene so ein großer und wichtiger Wirtschaftszweig und auch ein ideologisch wertvoller Bereich ist.

Rail: Das ist definitiv relevant. Ich habe leider auf Almen, die auf Einforstungsrechten bei Großgrundbesitzern beruhen, selbst keine Feldforschung gemacht. Ich untersuchte nur solche auf dem Land der Österreichischen Bundesforste. Ich würde sagen, dass bei all den verschiedenen Rechtsformen, die ich untersucht habe, die Jagd eine, wenn auch unterschiedliche, Rolle spielt. Der Konflikt des genügend frühen Abtriebs im Ausseerland ist definitiv gegeben, weil da zwar den Österreichischen

Bundesforsten das Land gehört, aber trotzdem Jagdreviere darauf sind, die verpachtet werden. Oft haben dann die Jagdpächter das Interesse, dass spätestens am 1. September die Bauern weg sind, damit das Wild nicht verschreckt ist – auch wenn man noch länger bleiben könnte. Dann habe ich aber auch von verschiedenen Leuten gehört, dass mittlerweile diese Interessenskonflikte ein bisschen komplexer werden, weil gleichzeitig die Jagdpächter:innen auch kein Interesse daran haben, dass sich die Almwirtschaft ganz aufhört, weil sie auch ja auch freie Äsungsflächen für das Wild wollen. Gerade im Salzkammergut, wo selbst die Hochalmen oft noch unterhalb der Baumgrenze liegen, ist dementsprechend ein gewisses Interesse an der Almerhaltung da. Da kommt man also teilweise zusammen, aber das Feld Alm-Jagd bleibt trotzdem konfliktiv.

Bei den Almen im Tiroler Oberland, die eine Jagdpacht haben, da fallen die Institutionen zusammen, wer das Revier für die Jagd verpachtet und wer das Land für die Almwirtschaft nutzt: die Gemeinde bzw. die Agrargemeinschaft. Da muss man dann abgewogen werden. Dann ist eher das Problem, dass man zwar die Geldeinnahmen aus der Jagdverpachtung haben möchte, aber dann individuell mit dem Jagdpächter streitet, weil er oft nicht einsichtig ist, was die Bedürfnisse der Almwirtschaft sind, so wird das oft erklärt.

Pukall: Ich möchte in Hinblick auf den Eigentumsbegriff anregen, sich das eher als Bündel von Verfügungsrechten anzuschauen, um gerade diesen Wandel seit dem Mittelalter zu verstehen. Ich meine, dass gerade die mittelalterlichen Geschichten mit dem modernen Eigentumsbegriff einfach fehlerhaft gedeutet werden. Mit einem Bündel an Verfügungsrechten könnte man auch ganz gut versuchen eine neutrale Sprache zu haben. Ich verstehe, dass es spannend ist, sich diesen Kampf anzuschauen und die Deutung. Das wäre vielleicht ein etwas anderer Ansatz.

Rail: Ich habe jetzt für meine Arbeit einen sehr weiten anthropologischen Eigentumsbegriff gewählt, der im Grunde neutral sein soll. Ausgehend davon schaue ich mir an, wie Eigentum und dementsprechend auch Geschichte unterschiedlich gedeutet und heute mobilisiert wird. Das ist nicht etwas, das sich auf die Geschichte beschränkt. Mich interessiert als Ethnografin vor allem die kontemporäre Mobilisierung und was dadurch für Kämpfe, oder teilweise auch Gesetzesänderungen, entstehen, wie im Fall des Agrargemeinschaftsstreits in Tirol. Da ist ja auf Grundlage von Geschichtsmobilisierung und deren rechtlichen Ausdeutung tatsächlich Eigentum übertragen worden.

Die **nächste Sitzung der Arbeitsgemeinschaft ländliche Sozialforschung** findet am **Mittwoch, 12.11.2025 10.00 Uhr s.t.** als Webinar der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und Bergbauernfragen statt. Folgende Beiträge stehen auf dem Programm:

M. Schmölz (Professur für Landschaftsarchitektur, Technische Universität München): „The Right to the Landscape - In Anlehnung an Henri Lefebvres The Right to the City.“

MSc. Michael Schmölz studierte Landschaftsarchitektur und Urbanistik an der Technischen Universität in Freising/München und der Sverige Lantbruk Universität in Alnarp/Malmö. Zwischen 2012 und 2018 arbeitete er als Landschaftsarchitekt u.a. bei realgrünlandschaftsarchitekten, München, Latz und Partner, Kranzberg und OK.Landschaft, München. Seitdem ist er als freischaffender Landschaftsarchitekt und Stadtplaner mit Gleichgesinnten im Netzwerk gruppe dezentral sowie bei der urbanes.land gGmbH tätig. Von 2014 bis 2021 erforschte und lehrte er das konzeptionelle, gestaltgebende Entwerfen von Freiraum und Landschaft als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Landschaftsarchitektur regionaler Freiräume der Technischen Universität in München. Ab 2021 ist er in der wissenschaftlichen Lehre als Lehrbeauftragter im Bereich Landschaftsarchitektur und Stadtforschung an der Technischen Universität München und der HBC Biberach engagiert. Seit 2023 ist er als Regionalplaner bei der Regierung von Oberbayern beschäftigt. Er entwirft und erforscht bei all dem leidenschaftlich gerne sozialräumliche Phänomene unserer Alltagslandschaften mit besonderem Fokus auf die vermeintlichen

Banalitäten des Alltags, die buchstäblich nicht der Rede wert zu sein scheinen. Michael Schmölz ist Gründungsmitglied der Gruppe dezentral, Mitstreiter bei der urbanes.land gGmbH, Doktorand und Lehrbeauftragter an der TUM & HBC Biberach und arbeitet selbstständig als Landschaftsarchitekt, Stadtplaner sowie als Regionalplaner bei der Regierung von Oberbayern. Er entwirft und erforscht leidenschaftlich gerne sozialräumliche Phänomene unserer Alltagslandschaften mit besonderem Fokus auf die vermeintlichen Banalitäten des Alltags, die buchstäblich nicht der Rede wert zu sein scheinen.

D. Janowsky und M. Winter (Fachbereich Oecotrophologie, Hochschule Fulda): „Männlichkeiten in der Produktion von Fleisch und Fleischalternativen“

Désirée Janowsky, MA studierte Sozialwissenschaften an der Leibniz Universität Hannover sowie Geschlechterforschung und Kunstgeschichte an der Georg August Universität Göttingen. Ihre Dissertation zum Thema Metzgereihandwerk und Männlichkeit verfasste sie an der Technischen Universität Dortmund. Seit 2024 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachbereich Oecotrophologie der Hochschule Fulda im DFG - Forschungsimpuls „Shaping Future Society (SaFe)“. Die Schwerpunkte ihrer Forschung liegen in den Bereichen der Geschlechterforschung, Ernährungssoziologie und der qualitativen Sozialforschung.

Dr. Martin Winter studierte Soziologie an der Universität Graz und promovierte an der TU Darmstadt mit einer Arbeit zum Thema Männlichkeiten, Fleisch und Fleischalternativen. Seit 2024 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Oecotrophologie der Hochschule Fulda im DFG - Forschungsimpuls „Shaping Future Society (SaFe)“. Seine Forschungsschwerpunkte sind Kultursociologie, Wissenschafts- und Technikforschung, Gender Studies und qualitative Sozialforschung.

Literaturhinweise

- Alheit, Peter (1992): Kultur und Gesellschaft, Bremen: Bremen University Press.
- Abe, Miwa 安部美和; Murakami, Takeshi 村上長嗣 (2020): 農村集落におけるくらしの変化と熊本地震～南阿蘇村川後田区・加勢区の事例から [Veränderungen des Lebens in ländlichen Gemeinden und das Kumamoto-Erdbeben – eine Fallstudie der Bezirke Kawagoda und Kase in Minamiaso-mura]. 熊本大学政策研究 [Kumamoto University Policy Research] 10: 29–39.
- Aldrich, Daniel P. (2012): Building Resilience – Social capital in post-disaster recovery. Chicago and London: Chicago University Press.
- Arendt, Hannah (2019 [1958]): Vita activa – oder vom tätigen Leben. München: Piper.
- Chabay, Ilan (2018): Taking Time, Sharing Spaces: Adaptive Risk Governance Processes in Rural Japan. *International Journal of Disaster Risk Science* 9: 464–471.
- Gagné, Isaac (2022): Mapping the Local Economy of Care: Social Welfare and Volunteerism in Local Communities. In: Ganseforth, Sonja; Jentzsch, Hanno (Eds.): Rethinking Locality in Japan. London and New York: Routledge, 102–16.
- Hatano, Yu; Matsumoto, Masatoshi; Okita, Mitsuaki; Inoue, Kazuo; Takeuchi, Keisuke (2017): The Vanguard of Community-Based Integrated Care in Japan - The Effect of a Rural Town on National Policy. *International Journal of Integrated Care* 17 (2): 1–9.
- Hirai, Tarō 平井太郎 (2022): 新しいコミュニティをつくる [Creating a New Community]. In: Odagiri, Tokumi (Ed.): 新しい地域を作る : 持続的農村発展論 [Building New Regions: Theories of Sustainable Rural Development]. Tokyo: Iwanami Shoten, 81–103.
- Kajimaru, Gaku; Coker, Caitlin; Kazama, Kazuhiro (2021): Introduction – An Anthropology of Ba. In: Coker, Caitlin; Kazama, Kazuhiro; Kajimaru, Gaku (Eds.): An Anthropology of Ba – Place and Performance Co-emerging. Tokyo: Trans Pacific Press, 11–8.
- Klien, Susanne (2020): Urban Migrants in Rural Japan – Between Agency and Anomie in a Post-Growth Society. Albany: State University of New York Press.

- Manzenreiter, Wolfram; Lützeler, Ralph; Polak-Rottmann (Eds.) (2020): Japan's New Ruralities – Coping with Decline in the Periphery. London: Routledge.
- Massey, Doreen (2005): For Space. London: Sage.
- Moya, Jorge; Goenechea, María (2022): An approach to the unified conceptualization, definition and characterization of social resilience. *International Journal of Environmental Research and Public Health* 19: 5746.
- Odagiri, Tokumi 小田切徳美 (2014): 農山村は消滅しない [Farming villages will not disappear]. Tokyo: Iwanami Shoten.
- Oldenburg, Ray (1989): The great good place – Cafés, coffee shops, bookstores, bars, hair salons, and other hangouts at the heart of a community. New York: Hachette Books.
- Okada, Norio (2018): Adaptive Process for SMART Community Governance under Persistent Disruptive Risks. *International Journal of Disaster Risk Science* 9 (4): 454–463.
- Okada, Norio (2021): Build Back Better, Even Before Disaster – Adaptive Design of Communicative Process, Place and Practice. In: Chatterji, Madhumita; Gangopadhyay, Partha (Eds.): Contributions to Conflict Management, Peace Economics and Development. Emerald Publishing, 27–38.
- Polak-Rottmann, Sebastian (2024): Wie politische Partizipation Freude bereiten kann – Sechs Dimensionen des subjektiven Wohlbefindens politisch handelnder Personen im ländlichen Japan. München: Iudicium Verlag.
- Yama, Yoshiyuki 山泰幸 (2021): 超高齢時代のまちづくり. 地域コミュニティと場づくり [Community Planning in the Age of Super-Ageing. Local Communities and Placemaking]. In: Iwamoto, Michiya; Kadota, Takehisa; Oikawa, Shōhei; Tamura, Kazuhiko; Kawamatsu, Akari 民俗学の思考法 : いま・ここ の日常と文化を捉える [How to Think about Folklore: Capturing Everyday Life and Culture in the Here and Now]. Tokyo: Keio University Press, 121–32.
-
- Bauer, Otto (2024 [1925]): Der Kampf um Wald und Weide. Studien zur österreichischen Agrargeschichte und Agrarpolitik, herausgegeben und mit einer Einleitung von Lisa Francesca Rail. Wien: Mandelbaum.
- Caffentzis, George (2012): A Tale of Two Conferences. Globalization, the Crisis of Neoliberalism and the Question of the Commons. *borderlands* 11(2): 1–31.
- de Angelis, Massimo (2017): Omnia Sunt Communia. On the Commons and the Transformation to Postcapitalism. London: Zed Books.
- Federici, Silvia (2019): Re-enchanting the World. Feminism and the Politics of the Commons. Oakland, New York & Toronto: PM Press, Automeia & BTL.
- Holzer, Gottfried (2013): Einförstungsrechte und Eigentumsschutz. In: Norer, Roland; Holzer, Gottfried (Hrg.): Agrarrecht. Jahrbuch 2013. Wien & Graz: Neuer wissenschaftlicher Verlag, 169–187.
- Keller, Alexandra (2009): Schwarzbuch Agrargemeinschaften. Innsbruck, Wien & Bozen: StudienVerlag.
- Kohl, Gerhard et al. (2010, Hrg.): Die Agrargemeinschaften in Tirol. Beiträge zur Geschichte und Dogmatik. Wien: LexisNexis.
- Macpherson, Crawford Brough (1978): Property. Mainstream and Critical Positions. Toronto: University of Toronto Press.
- Nuss, Sabine (2019): Keine Enteignung ist auch keine Lösung. Die große Wiederaneignung und das vergiftete Versprechen des Privateigentums. Berlin: Karl Dietz Verlag.
- Rail, Lisa Francesca (2024): Cowsheds without Cows. On the Ambivalent Afterlife of Common Property Formalization in the Austrian Alps. In: Cveček, Sabina; Horejs, Barbara (Eds): The Seasonal and the Material. Anthropos Special Issue. Baden-Baden: Nomos, 53–74.
- Safransky, Sara (2023): The City after Property. Abandonment and Repair in Postindustrial Detroit. Durham & London: Duke University Press.
- Schiff, Walter (1899): Die Regulierung und Ablösung der Wald- und Weide-Servituten. Wien: Commissionsverlag Moritz Perles.
- Siegl, Gerhard (2019): Persistenz verstehen. Ländliche Gemeingüter in Tirol am Beispiel der Stadtgemeinde Imst. *Histoire des Alpes – Storia delle Alpi – Geschichte der Alpen* 24: 151–169.
- Siegl, Gerhard (2009): Die Entstehung der Agrargemeinschaften in Tirol unter besonderer Berücksichtigung der Gemeindegutsagrargemeinschaften. Zur historischen Dimension eines aktuellen Problems. *Jahrbuch für Geschichte des ländlichen Raumes* 6: 218–240.
- Stuber, Martin; Wunderli, Rahel (2021): Transformations of common pastures and woodlands in Switzerland: A historical perspective. In: Haller, Tobias et al. (Eds.): Balancing the commons in Switzerland. Institutional transformations and sustainable innovations. London & New York: Routledge, 17–34.

- van Gils, Hein; Siegl, Gerhard; Bennett, Rohan Mark (2014): The living commons of West Tyrol, Austria: Lessons for land policy and land administration. *Land Use Policy* 38: 16–25.
- von Redecker, Eva (2020): Ownership's Shadow. Neoauthoritarianism as Defense of Phantom Possession. *Critical Times* 3(1): 33–67.